

# Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aussprache“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürststraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Fürststraße 11, sowie durch alle Zusteller zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,25 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einzshl. Zustellungsgebühren 2,40 Rml.

## Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schienen 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 100 W. Stellenangebote 10 Pf. Familienangelegenheiten, Stellenangebote, Verleumdungen und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Der Kelloggspakt unterzeichnet

## Stresemann verhandelt mit Poincaré — Eine große Rede Briands

Paris, 27. August. (Eig. Drahtb.) Das große Ereignis ist vollendet. Paris, das am Montag in reichem Flaggenschmuck prangte, fand den ganzen Tag über im Zeichen der neuen Friedensbotschaft. Der Vormittag brachte zunächst eine Unterredung zwischen Poincaré und dem deutschen Außenminister, die vielleicht den wichtigsten Anstoß zur Feier bildete. Stresemann weilte 1 1/2 Stunden bei dem französischen Ministerpräsidenten und erklärte beim Verlassen des Finanzministeriums, er sei von der Unterredung durchaus befriedigt.

Zwei Stunden vor der Unterzeichnung drängte sich vor dem durch starke Polizeikräfte abgesperrten Außenministerium bereits die Menge, um wenigstens die Auffahrt der Minister und Bevollmächtigten zu sehen, die im feierlichen Zeremoniell von Schweigern mit roten Hosen, blauen Fräcken und Hellebarden ins Arbeitszimmer geleitet wurden. Als der letzte kam Stresemann. Im Uhrensaal hatten inzwischen die geladenen Persönlichkeiten Platz genommen: In der ersten Reihe Poincaré zwischen Frau Kellogg und seiner eigenen Frau, rechts und links die Mitglieder der Regierung, dahinter das diplomatische Korps. Pünktlich um 3 Uhr erfolgte der Einzug der Delegierten, deren jeder von Schweigern durch dreimaliges Aufschlagen mit der Hellebarde angekündigt wurde. Die acht Scheinwerfer begannen zu spielen, 50 Photographen und Kinooperateure zu arbeiten. Nachdem die Delegierten Platz genommen hatten, erhob sich Briand.

Briand dankte zunächst im Namen Frankreichs den Ministern der verschiedenen Länder, die zur Unterzeichnung des allgemeinen Kriegsverzichts nach Paris gekommen seien. Er könne nicht umhin, bei dieser Gelegenheit der Genugtuung eines ganzen Volkes Ausdruck zu geben, das sich endlich im tiefsten seines Wesens verstanden fühle. Besonderer Dank gebühre Staatssekretär Kellogg, der heute in dem gleichen Saale Platz nehme, in dem bereits Präsident Wilson mit einer so hohen Auffassung von der Rolle seines Landes an der Arbeit des Friedens teilgenommen habe. Kellogg könne heute mit gerechtem Stolz auf den seither durchgeschrittenen Weg zurückblicken.

Dann wandte sich Briand an Stresemann: Er habe der Welt ein hohes Beispiel gegeben, indem er Deutschland zur Unterzeichnung eines Paktes gegen den Krieg aus eigenem freien Willen und in völliger Gleichberechtigung Platz unter den anderen Unterzeichnern, seinen früheren Gegnern, nehmen ließ. Die Bedeutung dieses Ereignisses werde erhöht durch den Umstand, daß es dem Vertreter Frankreichs Gelegenheit gebe, zum ersten Male seit einem halben Jahrhundert einen Vertreter Deutschlands auf französischem Boden zu empfangen und ihm den gleichen Willkommen zu bieten, wie allen seinen ausländischen Kollegen. „Da dieser Vertreter Deutschlands Herr Stresemann ist“, fuhr Briand fort, „so darf ich hinzufügen, wie besonders glücklich ich bin, dem vornehmen Geiste und dem Mut des ausgezeichneten Staatsmannes Ehrerbietung zu erweisen, der seit mehr als drei Jahren niemals geögert hat, seine ganze Verantwortung für das Werk europäischer Zusammenarbeit im Dienste des Friedens einzusetzen.“

Briand gedachte schließlich in eindringlichen Worten der Bedeutung des Paktes. Zum ersten Male werde auf universeller Grundlage durch einen Kongreß des Friedens etwas anderes geleistet als lediglich die Regelung von Friedensbeziehungen, die in den Ereignissen eines Krieges ihren Ursprung hätten. Heute handele es sich nicht um die Liquidation eines Krieges. Der Pakt von Paris, der aus dem Frieden geboren sei und dem freien Willen der Regierungen und Völker entspringe, sei ein Pakt der internationalen Eintracht, von deren Geiste bereits die Verträge von Locarno und der Dawesplan bezeugt gewesen seien. Briands Stimme erhob sich zu größerer Eindringlichkeit, als er darlegte, wie heute zum ersten Male angesichts der ganzen Welt die Nationen, deren jede eine schwere Vergangenheit hinter sich habe, den Krieg als Instrument der nationalen Politik feierlich verurteilen. Damit habe die Gewaltanwendung ihren Rechtschein verloren und der Krieg aufgehört, das wirtschaftliche, soziale und politische Leben der Völker zu bedrohen. (?)

Wenn eingewendet werde, der Pakt sei nicht realistisch, da er keine Sanktionen vorsehe, so müsse gefragt werden, ob es denn realistisch sei, die moralischen Kräfte aus der Welt der Tatsachen auszuschließen. Welches Land würde künftig die Gefahr auf sich nehmen wollen, gegen sich die ganze Menschheit solidarisch sich erheben zu lassen. Damit sei zugleich die Universalität des Paktes erklärt. Als der Pakt zum ersten Male den Vereinigten Staaten vorgeschlagen

worden sei, bemerkte Briand, habe er keinen Augenblick daran gedacht, daß ein solches Engagement allein auf Amerika und Frankreich beschränkt bleiben solle. Er habe immer gedacht, ihm in der einen oder anderen Form eine genügende Ausdehnung zu sichern. Alle, deren Teilnahme heute aus rein technischen Gründen noch nicht möglich geworden sei, sollten empfinden, wie sehr Frankreich ihre Abwesenheit bedauere. Er erweitere sich die Versammlung im Geiste über die ganze Welt hinaus, und dies habe die französische Regierung auch zum Ausdruck bringen wollen, als sie das Außenministerium mit den Fahnen aller Nationen besetzten ließ.

Den Frieden proklamieren, schloß Briand seine Rede, sei viel. Aber man müsse ihn organisieren. Man müsse den Lösungen der Gewalt juristische Lösungen entgegensetzen. Das sei ein Werk von morgen. Nicht eine von den hier vertretenen Nationen habe nicht ihr Blut auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges vergossen. So schloß er vor, dieses Werk allen Taten des großen Krieges zu weihen.

Im Anschluß an diese mit lebhaftem Beifall aufgenommene Ansprache des französischen Außenministers und ihrer Uebersetzung ins Englische begann der eigentliche Unterzeichnungsakt. Nach der vorgeesehenen Reihenfolge erhoben sich die Delegierten der einzelnen Länder, um zu dem in der Mitte der hufeisenförmigen Tafel aufgestellten Tisch zu streiten, auf dem der Pakt lag. Als erster vollzog Stresemann seine Unterschrift, die die Versammlung mit allgemeinem Beifall quittierte.

Am Montag abend vereinte ein von Briand gegebenes Bankett die Bevollmächtigten, die Mitglieder der französischen Regierung und des diplomatischen Korps.

## Die anderen Mächte zum Beitritt aufgefordert

Paris, 28. August. (Eig. Funkbericht.) Die amerikanische Regierung hat ihre Vertreter in jenen Staaten der Welt, die am Montag den Kellogg-Pakt nicht unterzeichneten, angewiesen, die Laitsche der Unterzeichnung und den Text des Vertrages mit den Beitrittsbedingungen mitzuteilen. Die amerikanischen Vertreter sollen den einzelnen Regierungen außerdem erklären, daß sie dem Vertrag sofort beitreten können. Eine entsprechende Mitteilung wurde nicht gemacht gegenüber Sowjetrußland, zu dem Amerika diplomatische Beziehungen nicht unterhält, und Afghanistan, das von Amerika zwar anerkannt ist, in dessen Hauptstadt bisher aber ein amerikanischer Gesandter noch nicht weilt.

## Die Pariser Polizei verhaftete am Montag 53 Kommunisten

Die Pariser Polizei verhaftete am Montag 53 Kommunisten, die bei der Propaganda gegen den Kriegspakt angezogen wurden. Alles in allem ist der gestrige Montag in Paris ruhig verlaufen.

## Deutschnationales Geffläß

Die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich heute scharf gegen den Kranken Reichsaussenminister. Sie bezeichnet seine Erklärung an die französische Presse als eine neue Enttäuschung und fährt fort: „Nicht endlich einmal offen auszusprechen, daß die deutsch-französischen Beziehungen an einem Wendepunkt stehen, daß Frankreich es in der Hand hat, zu bestimmen, wohin in Zukunft Deutschlands Weg geht, anstatt mit allem Nachdruck zu behaupten, daß Friedenspakt und Rheinlandbesetzung internationale Solidarität und Völkerverständigung der bestiegten Länder unzerstörbar sind, lacht Stresemann die bestehenden Gegensätze zu bagatellisieren. Nach unserer Ueberzeugung konnte ein schwererer Fehler in diesem Augenblick gar nicht gemacht werden. Es wird so tollends unverständlich, wozu der Außenminister nach Paris gefahren ist. Das Inzidentarische des erstmaligen Besuches eines deutschen Ministers in Paris seit 100 Jahren ist so nutzlos verspielt worden.“

# Die Entscheidung des Reichsbahngerichts

Berlin, 27. August. (Eigener Bericht.) Der von dem Reichsbahngericht gefällte Spruch über die Tarifierhöhung bei der Reichsbahn hat folgenden Wortlaut:

„Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist berechtigt, zu einem vom Reichsverkehrsminister zu bestimmenden, möglichst nahen Zeitpunkt eine Tarifierhöhung für den Güter- und den Personenerkehr in einem Verhältnis von etwa 4:1 zu einander und in einem Ausmaß vorzunehmen, daß sie eine Mehreinnahme von 250 Millionen Reichsmark jährlich erzielen kann.“

Dem Urteil ist eine Begründung beigelegt, die vom Reichsverkehrsministerium auszugsweise veröffentlicht worden ist. Für das Jahr 1928 wurden die Einnahmen mit 5116 Millionen und die Ausgaben mit 4417 Millionen Mark angenommen. Es ergibt sich somit ein Betriebsüberschuß von 699 Millionen Mark. Die Begründung nimmt nun an, daß diese Summe durch die gesetzlichen Verpflichtungen aufgebraucht wird, so daß für 1928 ein Fehlbetrag von 74 Millionen Mark entsteht. Darüber hinaus werden Abschreibungen als notwendig erachtet, wodurch sich für 1928 insgesamt ein ungedeckter Bedarf von 489 Millionen Mark ergibt.

Diese Berechnung stützt sich auf eine dem Gericht vorgelegene Gewinn- und Verlustrechnung der Reichsbahn für den 31. Dezember 1927, die, wie betont wird, „frei von kameralistischen Einwirkungen aufgestellt“ wurde. Danach wird der Bruttoüberschuß von 1269,7 Millionen Mark mit 100,8 Millionen für die gesetzliche Ausgleichsrücklage, mit 61,6 Millionen für die Dividende auf Vorzugsaktien, mit 173,2 Millionen für den Gewinnvortrag und mit 934,1 Millionen Mark für Abschreibungen verwannt. Wie man zu diesen Summen gekommen ist, wird in dem am Montag durch das Reichsverkehrsministerium veröffentlichten Auszug nicht mitgeteilt. Das ist bedauerlich; denn um diese Posten hat sich die ganze Debatte in den letzten Monaten gedreht. So wird z. B. die Notwendigkeit, der gesetzlichen Ausgleichsrücklage 100 Millionen Mark zuzuführen, sehr bestritten. Die Reichsbahngesellschaft hat nämlich noch Sonderreserven gebildet. Vereintigt man diese Sonderreserven mit der gesetzlichen Rücklage, so ergibt sich, daß die Reichsbahngesellschaft die gesetzliche Rücklage erfüllt hat. Auch die Höhe der Abschreibungen muß bestritten werden. So wird gegenwärtig die Lebensdauer der Lokomotiven und des Oberbaues geringer als in der Vorkriegszeit angenommen. Die Erfahrungen haben jedoch bewiesen, daß die Lebensdauer höher angenommen werden kann. Die Berechnung der Kosten für die gesetzliche Ausgleichsrücklage und für die Abschreibungen erscheint mithin willkürlich. Damit steht und fällt aber das für das Jahr 1928 errechnete Defizit.

Merkwürdig erscheint in dem Auszug des Reichsverkehrsministeriums auch die Begründung für die angeblich schlechte Entwicklung der Reichsbahnfinanzen. Sie hat einen fatalen sozialpolitischen Beigeschmack und macht für die finanzielle Entwicklung „die seit 1926 durch die ganze deutsche Wirtschaft gehende Welle von Arbeitszeitverkürzung und gleichzeitiger Erhöhung von Gehältern und Löhnen“ verantwortlich. Diese Argumentation verkennt derart die Veränderungen der letzten Jahre in der Arbeitstechnik, daß man sie beim besten Willen nicht ernstnehmen kann.

Die vom Reichsbahngericht diktierte Tarifierhöhung bringt nebenbei auch der Schwerindustrie und den Agrariern einen nicht unbeträchtlichen Vorteil. Bei der kommenden Regelung sollen Brennstoffe, Heu und Stroh schonend behandelt werden. Versprochen wird auch eine Schonung des Berufsverkehrs. Inwieweit die Reichseisenbahngesellschaft dem nachkommt, werden wir ja in der nächsten Zeit sehen.

A. Kr. Heute können wir bereits einige weitere Bemerkungen an die Entscheidung des Reichsbahngerichts knüpfen. Uns scheint, soweit die vorstehend wiedergegebene Begründung ein Urteil zuläßt, daß es offenbar ein Fehler war, daß die Reichsregierung zu ihrem Vertreter im Reichsbahngericht einen Vertreter der Großindustrie bestellt hat, nämlich den Generaldirektor Silberberg. Das ist seinerzeit geschehen, weil man der Ansicht war, da die Industrie durch die von der Reichsbahn beantragte Tarifierhöhung unmittelbar am stärksten betroffen werden würde, ein Vertreter dieser Industrie werde die Argumente und Berechnungen der Reichsbahn am eingehendsten prüfen, zumal ein solcher Vertreter auch die sachliche Eignung zu solcher Tätigkeit in besonders hohem Maße mitbringt. Es scheint sich aber gezeigt zu haben, daß es der Industrie wichtiger ist, anzuhängen diese Erhöhung ihrer allgemeinen Produktionskosten abzuwehren, 1. durch Anerkennung der Berechnungen der Reichsbahnverwaltung ein neues Argument gegen die deutsche Sozialpolitik und gegen Lohnerhöhungen zu schaffen, und 2. für einen wichtigen Industriezweig dadurch künstlich Beschäftigung zu schaffen, daß man der Reichsbahn die Mittel zu Zerstörungen gibt, die zwar sachlich nicht gerechtfertigt sind und infolge dessen, genau gesehen, eine Verschwendung darstellen, die aber geeignet sind, eine sich in besonders schwerer Krise befindende Industrie über Wasser zu halten. Dafür zahlt man dann sogar noch höhere Frachten, zumal die Rationalisierung inzwischen eine so starke anderweitige Senkung der Produktionskosten brachte und weiter bringen wird, daß man diese Verteuerung auch sonst wohl ohne Erigerung der eigenen Verkaufspreise tragen kann. Wenigstens gilt das für große Teile der Industrie.



# Das Parlament der Parlamente

Debatte über die Wanderungsfrage

Berlin, 27. August. (Eigener Bericht). Die Interparlamentarische Union eröffnete ihre Sitzung am Montag Morgen mit einem Gruß der Parlamentarier aller Länder an Kelllogg und Briand. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Schilling wurde einstimmig und unter höchstem Beifall beschloffen, folgendes Telegramm abzuschicken:

„Die 25. Interparlamentarische Konferenz, die die gewählten Vertreter von 38 Nationen vereinigt, begrüßt auf das herzlichste im Namen der Interparlamentarischen Union die Verfasser des Faches zur Verdrängung des Krieges, Herrn Briand und Kelllogg, sowie die Vertreter der Staaten, die heute feierlich den Vertrag unterzeichnen werden. Sie spricht den Wunsch aus, daß alle anderen Staaten ihn ebenfalls unterzeichnen werden. Seit ihrer Konferenz in Bern vom Jahre 1924 hat die Interparlamentarische Union die Bedeutung des Krieges proklamiert. Sie wird es in Zukunft als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, sich für die uneingeschränkte Annahme dieses hohen Prinzips in allen Staaten einzusetzen.“

Die Konferenz erörterte dann die Fragen der Ein- und Auswanderung. Der Berichterstatter Dr. Slavko Secerow legte eine Entschließung vor, die den Wunsch ausdrückt, daß die Staaten zweiseitige Verträge abschließen, die geeignet sind, entgegensetzte Ansichten zu versöhnen und die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse des Auswanderers sicherzustellen. Diese Verträge sollen besonders folgende Fragen regeln: 1. Einrichtung von nationalen und internationalen Auswärtigenbüros, 2. Zulassung der Auswanderer, 3. Schutz der Auswanderer, insbesondere Vereinigung des Auswanderers, der Schutzbestimmungen auf sanitärem und sittlichem Gebiet mit besonderer Berücksichtigung des Frauen-, Kinder- und Jugendschutzes, Kampf gegen Mädchenhandel und Prostitution, 4. Regelung des Gesundheitspolizeiwesens: Wohnungsverhältnisse, Kampf gegen die Einführung ansteckender Krankheiten und gegen den Mißbrauch schädlicher Rauschgifte usw., 5. Anwendung der Sozialgesetzgebung des Einwanderungslandes auf den Eingewanderten insbesondere auf dem Gebiete der Sozialversicherung, 6. Naturalisation, 7. Militärische Dienstleistungen.

Es sprachen die Vertreter zahlreicher Nationen, deren Ansichten naturgemäß recht verschieden waren, je nachdem, ob es sich um ein Land handelte, das auf Einwanderung angewiesen ist oder nicht. Der Bulgare Nikiforoff hob die starke Auswanderung seines Landes nach Nord- und Südamerika hervor. Der Amerikaner Montague bezeichnete die Einwanderung als eine rein nationale Frage und kündigte an, daß seine Gruppe sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten werde, da sie gegen eine internationale Behandlung der Frage sei. Der Japaner Kano polemisierte gegen die amerikanische Auffassung. Er meinte, man müsse unter Wahrung der Souveränitätsrechte der Staaten einen Ausgleich suchen. Schließlich seien alle alten Kulturen der Welt gleichberechtigt. Der französische Senator Lisbonne erklärte, das neue Land habe ein größeres Recht auf die Zuwanderer als die alte Heimat. Nach einiger Zeit sei es verpflichtend, dem Zuwanderer die Einbürgerung zu gewähren. Der Däne Dr. Frankel unterwarf die Ueberföllerung Europas und meinte, man müsse wieder zu kolonialistischer Tätigkeit kommen, denn die halbe Welt liege noch unbenutzt da.

Am Nachmittag sprach für die deutsche Delegation der frühere Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt. Ihn blieb es vorbehalten, den sozialen Gedanken und die gewerkschaftlichen Forderungen in die Aussprache zu bringen. Er verwies darauf, daß die Zusammenarbeit mit den jüdischen oder besseren wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhänge. Sie gelte, wie neuerdings wieder das deutsche Beispiel zeige, zurück, sobald die wirtschaftliche Lage sich hebe. Schmidt bekräftigte die größere Schutz- und Kontrollmaßnahmen in den Ländern mit hohem Prozentsatz von Einwanderern, insbesondere müsse dafür gesorgt werden, daß für die Ausländer der gleiche Lohn wie für die Inländer gezahlt werde, damit ein ausländischer Vordruck unterbleibe. Die Tarife müßten mit starken Rechtsgarantien umgeben werden. Hier habe das Internationale Arbeitsamt bahnbrechend gewirkt und werde zweifellos weiter sich betätigen. Im Laufe des Nachmittags befiel als Vertreter der schwarzen Rasse das Mitglied der französischen Deputiertenkammer Candace die Rednerbühne. Der tiefgeschwarte Afrikaner erwies sich als ein glänzender, temperamentvoller Redner, der seinen Vortrag in glatter, ausgezeichneter französischer Sprache hielt. Die Versammlung bereitete ihm mit wenigen Ausnahmen sowohl bei Beginn als bei Schluß seiner Rede lebhaftesten Beifall. Candace erklärte, er sei doppelt stolz in diesem Augenblick, weil er vor Vertretern von vier Nationen spreche und weil er als geistiger Sohn Frankreichs das Wort nehme. Er lobte den Rapport des Bericht-

erstatters, bekräftigte aber, daß dieser sich nicht mit den Kolonialpolitikern beschäftige. Diese Teile der Menschheit seien soziales noch in embryonalen Formen und seien sehr hilfsbedürftig. Menschen werden wollen. Sie seien Kinder, hätten keine Schulen, keine Möglichkeit zur Fortbildung und lebten in Dunkelheit. In tiefer Bewegung schloß der Redner: Helft ihnen zum Licht, Gerechtigkeit, Solidarität, Brüderlichkeit der Völker sind die leeren Worte, so lange man nicht den Kolonialpolitikern zum Licht verhilft.

Die Entschließung des Berichterstatters wurde mit einem unwesentlichen französischen Ergänzungsvorschlag bei Enthaltung der Amerikaner angenommen. Die Konferenz vertagte sich dann auf Dienstag.

## Rundgebung für die vertriebenen italienischen Deputierten

Die sozialistischen Delegierten der Interparlamentarischen Union haben folgende Rundgebung an die vertriebenen italienischen Deputierten beschlossen:

„Liebe Genossen! Die unterzeichneten Mitglieder von Gruppen der Interparlamentarischen Union sprechen von italienischen Deputierten in der Verbannung ihre herzlichste Solidarität aus. Sie sind gleich Ihnen der Meinung, daß das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, wie es im allgemeinen Wahlrecht und in den demokratischen Grundrechten der Vereinigung und Versammlungsfreiheit sowie der freien Rede und Presse zum Ausdruck kommt, das oberste Gesetz der Völker ist und darum höher steht als jede durch Gewalt usurpierte Macht. Sie sind auch der Meinung, daß zweideutige Redensarten nicht genügen, um einem Parlament den Charakter einer freien Volksvertretung zu geben. Sie sind der Ansicht, daß die Arbeit der Interparlamentarischen Union in ihrem Sinne verfaßt und in ihrer Autorität verkehrt wird durch die Anwesenheit von Vertretern einer Körperschaft, die im Widerspruch zu den Grundsätzen der Demokratie rechtswidrig zustande gekommen ist.“

## Ein Resolutionsentwurf zur Frage der Diktatur

Der Rat der Interparlamentarischen Union besaßte sich am Montagabend mit der von der ägyptischen Delegation in der Vollversammlung eingebrachten Entschließung gegen die gleichzeitige Ausschaltung der Parlamente. Der Rat der heute zu Ende gehenden Vollversammlung wird folgende Entschließung vorlegen:

1. In der Erwägung, daß das Prinzip der Volksvertretung durch freie gewählte Parlamentarier die Grundlage der Union selbst bildet,
2. getreu der Tradition, welche die früheren Konferenzen gelehrt hat,
3. in dem Bestreben, jede Meinungsäußerung, welche als ein Urteil über Fragen der aktuellen Politik, insbesondere der internen Politik der Staaten aufgefaßt werden kann, zu vermeiden,
4. erklärt die 25. Interparlamentarische Konferenz, daß sie jeden gegenwärtigen Akt ablehnt, der das parlamentarische Regime dauernd oder vorübergehend aufzuheben beabsichtigt.

Sie erklärt, daß jede Modifikation des parlamentarischen Regimes nur auf Grund der Verfassung des betreffenden Landes vorgenommen werden kann.“

## Die Untersuchung der Betriebsicherheit der Reichsbahn

Der Arbeitsausschuß zur Untersuchung der Betriebsicherheit der Reichsbahn hat am 22. bis 25. August seine Inspektionsreise fortgesetzt. Er besuchte die Bezirke der Reichsbahndirektionen Frankfurt a. M. und Köln und untersuchte die Betriebsverhältnisse auf verschiedenen Bahnhöfen, vor allem auch auf dem Hauptpersonnenbahnhof und Hauptgüterbahnhof Frankfurt und auf dem Hauptbahnhof Köln. Die technischen Einrichtungen und die Dienstverrichtungen auf Befehls- und Rangierstellwerken und auf Ablaufbergen und die Abstellanlagen wurden ebenso wie der Dienst in Betriebswerkstätten eingehend geprüft. Es wurde Gelegenheit genommen, auch Schrankenposten auf die Art der Betriebsführung und Einrichtung zu untersuchen und den Zustand von Gleisen und Weichen an Bahnhöfen von Streckengleisen genauer Prüfung zu unterziehen. Die Personalvertretungen wurden hinzugezogen.

Mit den Andeutungen unter Punkt zwei ist die Lokomotivindustrie gemeint. Es ist außerordentlich charakteristisch, daß gleichzeitig mit dieser Entscheidung des Reichsbahngerichts und mit der Anerkennung der Abschreibungsmethoden der Reichsbahn, besonders auch auf den Lokomotivpark, durch das Reichsbahngericht ein Einleitend der Reichsbahnverwaltung in der Frage des Lokomotivbaues zu beobachten ist. Vor einigen Wochen nämlich wurde die Reichsbahnverwaltung von Fachleuten auf einen Widerspruch in ihren Angaben über ihren Bedarf an Lokomotiven hingewiesen. Die Lokomotivindustrie befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise, weil die Aufträge der Reichsbahn in der letzten Zeit außerordentlich zurückgegangen sind. Bei der Erörterung der Frage der Sanierung der Lokomotivindustrie teilte die Reichsbahnverwaltung mit, daß sie auch in den nächsten Jahren nur ganz geringe Mengen von Lokomotiven in Auftrag geben könnte, da ihr Lokomotivpark sich auf einer Höhe befindet, daß auf Jahre hinaus Neubestellungen in größerem Umfang unzulässig seien. Damals wurde die Reichsbahnverwaltung darauf hingewiesen, daß diese Mitteilung doch in schlagendem Widerspruch zu ihrer Begründung ihres Tarifierhöhungsantrages stehe, die eine ganz andere, viel höhere Zahl von Lokomotiven angebe, die die Reichsbahnverwaltung jährlich benötige. In den letzten Tagen nun wurde bekannt, daß die Reichsbahnverwaltung auf ihren Mitteilungen an die Lokomotivindustrie über ihren Lokomotivbedarf nicht mehr bestehen wolle, sondern sich auf ihre ursprünglichen Zahlen über ihren Lokomotivbedarf in ihrem Tarifierhöhungsantrag zurückgezogen habe. Das bedeutet das Versprechen der Reichsbahnverwaltung an die Lokomotivindustrie, in Zukunft doch wieder größere Bestellungen von Lokomotiven zu machen, nämlich in dem Umfang, der festgelegt wird durch die Bedarfsschätzungen in der Begründung des Tarifierhöhungsantrages. Für dieses Versprechen scheint die Zustimmung des Reichsbahngerichts zur Tarifierhöhung die Gegenleistung zu sein. Obwohl nämlich auf Grund dieser Erfahrungen das Reichsbahngericht Grund genug gehabt hätte, die Höhe der Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung der Reichsbahn-Gesellschaft, insbesondere derjenigen auf Lokomotiven, zu beanstanden, zumal diese Abschreibungen auch, wie bereits in der vorstehenden Meldung dargelegt, an sich schon viel zu hoch erscheinen, hat das Reichsbahngericht diese Abschreibungen ohne weiteres als richtig anerkannt, damit aber auch die ganze Defizitrechnung der Reichsbahnverwaltung.

Es scheint sich hier also derselbe Vorgang abgespielt zu haben, wie letzterzeit bei Erstellung des Gutachtens über die Rentabilität des Ruhrkohlenbergbaues. Durch absolut willkürliche, übermäßig hohe Abschreibungen in den Gewinn- und Verlustrechnungen machen sich die kapitalistischen Unternehmungen neuerdings künstlich unrentabel, um Lohnforderungen auszuweichen und um die sozialpolitischen Reformen bekämpfen zu können. In Wirklichkeit hat offenbar auch die Reichsbahngesellschaft ganz ungeheure stille Reserven, die ausreichen, um trotz der und neben den Zahlungen, die die Reichsbahngesellschaft auf Grund des Fawesplanes zu machen verpflichtet ist, noch ein viel größeres Neubau- und Erneuerungsprogramm durchzuführen, als die Bahnverwaltung bisher in Angriff genommen hat. Uns scheint deshalb, daß hier wieder einmal die Öffentlichkeit in ganz unglaublicher Weise über die wirklichen Verhältnisse getäuscht wird.

Daß diese Vermutung richtig ist, wird auch dadurch bewiesen, daß die Begründung des Antrages der Reichsbahnverwaltung wiederum gegen die Lohnforderungen und Arbeitszeiterkürzungen, um die die Arbeiter seit Jahren kämpfen, völlig grundlos polemisiert. Hat doch gerade die Reichsbahngesellschaft um so weniger Grund und Recht zu solcher Polemik, als die Löhne der Eisenbahner besonders niedrig sind, und als die zahlreichen Eisenbahngläubiger der letzten Zeit immer wieder gezeigt haben, daß die Arbeitszeit der Eisenbahner durchweg viel zu lang ist und schon aus Gründen der Betriebsicherheit unbedingt wieder verkürzt werden muß. Mit diesen Argumenten scheint man aber gerade Dr. Silberberg, der als Großindustrieller dafür Verständnis hat, für seine Zwecke eingefangen zu haben.

## Der Seewolf.

Von Jack London.

(Nachdruck verboten.)

„Aller Augen hoben sich auf einmal von den Tellern und hefteten sich auf sie. Eine Frau, die achtzehnhundert Dollar jährlich verdiente, war wert, angesehen zu werden. Wolf Larjen verheißte seine Bewunderung nicht.“

„Gehalt oder Affordarbeit?“

„Affordarbeit“, antwortet sie rasch.

„Achtzehnhundert“, rechnete er. „Das macht hundertundfünfzig monatlich. Nun, Fräulein Brewster, wir sind nicht kleinlich auf der „Gehalt“. Betrachten Sie sich für die Dauer Ihres Aufenthalts als mit demselben Gehalt angeheft.“

Sie sagte nichts. Sie war keine Einfälle noch nicht so gewohnt, daß sie sie mit Gleichmut hingenommen hätte.

„Ich vergaß zu fragen“, fuhr er lebenswürdig fort, „welcher Art Ihre Beschäftigung ist. Was für Werkzeuge und Material brauchen Sie?“

„Papier und Tinte“, lachte sie. „Ach, und auch eine Schreibmaschine.“

„Sie sind Fräulein Maud Brewster“, sagte ich langsam und sicher.

Ihre Augen hoben sich neugierig zu den meinen.

„Woher wissen Sie das?“

„Stimmen es nicht?“ fragte ich.

Sie nickte zustimmend. Jetzt war die Reihe, verblüfft zu sein, an Wolf Larjen. Ihm bedeutete der Name nichts. Ich war stolz darauf, daß er mir etwas bedeutete, und zum erstenmal seit langer Zeit wurde ich mir meiner Überlegenheit über ihn bewußt.

„Ich erinnere mich, eine Besprechung über ein Bündchen von Ihnen geschrieben zu haben —“ begann ich.

„Sie!“ rief sie. „Sie sind —“

„Jetzt nicht ich meinerseits zustimmend.“

„Humphrey van Wehden!“ Ich ließ sie — dann fügte sie mit einem Seufzer der Erleichterung hinzu, ohne daran zu denken, daß Wolf Larjen ihn bemerken mußte: „Wie mich das freut!“

„Ich erlaube mich recht wohl der Besprechung“, fuhr sie fort, als sie sich bewußt wurde, wie seltsam ihre Bemerkung wirken mußte. „Sie war wirklich zu schmerzhaft.“

„Keine Sorge“, versetzte ich schnell. „Sie setzen meine nächsten Urteilskräfte herab und entwerteten meine

Kritik. Im übrigen stimmen alle Kritiker mit mir überein. Seit Lang nicht Ihr Gedicht „Der geduldete Ruf“ zu den vier größten Sonetten gezählt, die von Frauen in englischer Sprache geschrieben worden sind?“

„Sie sind sehr gütig“, murmelte sie und gerate das Konventionelle ihrer Worte und der ganze Schwarm von Vorstellungen des früheren Lebens auf der andern Seite der Welt durchzuden mich — reich an Erinnerungen, aber auch reich an Sehnsucht.“

„Also Sie sind Maud Brewster“, sagte ich feierlich und blickte sie an.

„Und Sie sind Humphrey van Wehden“, sagte sie und erwiderte meinen Blick ebenso feierlich und furchtbar.

„Wie seltsam! Es ist mir alles ganz unverständlich. Wir haben hierlich eine wildromantische Seegeschichte von Ihnen zu erwarten.“

„Nein, ich sammle keinen Stoff, das versichere ich Ihnen“, lautete meine Antwort. „Ich habe weder Gedicht noch Reizung für phantastische Literatur.“

„Sagen Sie mir: warum haben Sie sich immer in Kalifornien begraben?“ fragte sie nun. „Das war wirklich nicht nett von Ihnen. Wir im Osten haben so wenig von Ihnen zu sehen bekommen — viel zuwenig — von dem großen amerikanischen Kritiker.“

„Und dann vergaßen wir ganz, wo wir waren, und stehen Larjen stumm und wie ein geistesverirrtes Schiff inmitten der Brandung unserer Unterhaltung. Die Jäger fanden auf und gingen an den Tod und wir sprachen immer noch. Nur Wolf Larjen blieb. Plötzlich wurde ich seiner Anwesenheit inne; er sah zurückgelehnt am Tisch und lauschte neugierig unsern fremdartigen Reden über eine Welt, die er nicht kannte.“

„Ich brach mitten im Satz ab. Die Gegenwart mit all ihren Gefahren und Schrecken lähmte mich. Fräulein Brewster mußte es ähnlich gehen, ein unbekanntes, namenloses Entsetzen trat in ihre Augen, die jetzt auf Wolf Larjen fielen.“

„Er erhob sich und lachte verlegen: mit einem seltsamen, metallischen Klang.“

„Oh, kümmern Sie sich nicht um mich“, sagte er mit einer Handbewegung, als wolle er seine eigene Unterwürfigkeit kundgeben. „Ich zähle nicht mit. Bitte, fahren Sie nur fort.“

Aber die Tore der Heredität waren geschlossen.

„Stich wir erhoben uns und lachten verlegen.“

Der Verdruß, den Wolf Larjen empfand, weil Maud Brewster und ich ihn in unserer Unterhaltung bei Tisch ignoriert hatten, mußte sich irgendwie Luft machen und Thomas Mugridge sollte der Sündenbock sein. Trotz seiner gegenteiligen Behauptung hatte er weder sein Benehmen noch sein Hemd gewechselt.

„Ich habe dich gewarnt, Köchlein“, sagte Wolf Larjen, „und jetzt hilfst dir nichts mehr, jetzt kriegst du deine Medizin.“

Mugridge wurde kreideweiß unter der Hautschicht und als Wolf Larjen nach einem Tau und ein paar Mann rief, schoß der verzweifelte Cockney in wilder Flucht aus der Kombüse, machte weite Sätze über das Deck und duckte sich, um der Verfolgung der grinsenden Mannschaft zu entgehen. Der hätte kaum etwas größeres Vergnügen machen können, als ihn ein bißchen ins Schlepptau zu nehmen, denn was er der Mannschaft an Essen und Trinken vorgelegt hatte, war einfach scheußlich gewesen.

Wie gewöhnlich, wenn Aussicht auf eine Belustigung war, kamen die andere Wache und die Jäger an Deck. Mugridge schien eine verzweifelte Angst vor dem Wasser zu haben und zeigte eine Gewandtheit und Schnelligkeit, die niemand ihm zugetraut hätte. Als er in dem Winkel zwischen Kombüse und Kluff in die Klemme getrieben wurde, sprang er wie eine Katze auf das Kajüterdach und rannte nach achtern. Seine Verfolger kamen ihm zuvor, aber er entwich ihnen und erreichte das Deck mit Hilfe der Zwischendeckelung. Jetzt rannte er vorwärts, der Bootskutter Harrison dicht hinter ihm her. Plötzlich aber machte Mugridge einen Sprung und packte die Klüverbaum-Toppennant. Es war das Werk eines Augenblicks. Er hing an den Armen und beschrieb mit den ausgestreckten Beinen einen Kreis in der Luft. Der anstürmende Harrison wurde mitten in den Leib getroffen und stürzte rücklings auf das Deck. Händeklatschen und schallendes Gelächter begrüßten diese Selbstat, während Mugridge, die Hälfte seiner Verfolger am Fockmast lassend, wie ein Läufer beim Fußball nach achtern rannte. Immer ums Deck herum ging es. Erst Mugridge, vor Angst fast von Sinnen, und hinterdrein die Matrosen, die sich schreiend die Richtung angaben, und die Jäger, die sie mit brüllendem Gelächter anfeuerten. Auf der Vorderlufte fiel dann Mugridge mit drei Mann über sich. Aber er wand sich wie ein Kalb heraus und sprang zur Hauptlufelung, während das Blut ihm aus dem Munde troff und das anstößende Gemäch in Fegen riß. Sinauf ging es, aerabeswegs hinaus, unter den Püttingswanten zum Großmasttopp.

(Fortsetzung folgt.)



# Was muß jetzt geschehen?

Kämpfen gegen den Weiterbau des Panzerkreuzers

Uns wird geschrieben:

Bevor Reichstagsfraktion und Parteiausschuss in ihrer gemeinsamen Sitzung am letzten Sonnabend auseinander gegangen sind, haben sie in Einmütigkeit beschlossen wieder zusammenzutreten, bevor in dem Kabinett die Frage der zweiten Rate beschlossen wird. Entsprechend dem in der Entschließung des Fraktionsvorstandes angenommenen Passus soll dann in engerer Zusammenkunft die Stellungnahme zur 2. Rate festgelegt werden und bestimmt werden, wie die Genossen in der Regierung sich verhalten sollen. Nach Lage der Dinge, angesichts der elementaren Erregung, die durch die Partei und ihre Wählerchaft geht, kann gar kein Zweifel darüber sein, wie der Beschluß lauten muß. Die 2. Rate ist abzulehnen. Das entspricht der bisherigen Haltung der Fraktion, die ihre Gegnerschaft gegen jeglichen Panzerbau in dieser Zeit in der erwähnten Entschließung festgelegt hat. Dementsprechend müssen unsere Minister im Kabinett ihre Stimme mit Nein abgeben, auch wenn diese Umkehr von manchem als eine Erschütterung seines Prestiges empfunden werden sollte. Die Lage ist zu ernst, als daß auf solche Dinge im Interesse des Parteizweckes Rücksicht genommen werden dürfte.

Kein Zweifel, ein solcher Entschluß bedeutet allerhöchsten Kampf, denn man kann sich nicht verhehlen, daß jede Bemühung den Kreuzerbau jetzt noch zu verhindern, unter viel ungünstigeren Umständen vor sich gehen muß, als vor der verhängnisvollen Zustimmung zum Baubeginn. Ist aber der Kampf völlig aussichtslos? Die Frage ist, wie werden sich diesmal die demokratischen Minister verhalten. Werden sie ebenfalls aus Prestigegegründen ihre Haltung bei der 1. Abstimmung aufrecht erhalten? Oder werden sie wie damals sich wiederum dem Votum der sozialdemokratischen Kollegen anschließen? Die Stimmung in den Reihen der demokratischen Wähler sollte ihnen die Entscheidung leicht machen. Würden sie sich auf formale Gesichtspunkte berufen und bei der Fortsetzung des Panzerkreuzerbaues beharren, so würden sie sich den ganzen Sturm der Entrüstung auf sich lenken. Dann wären es die demokratischen Minister, an denen die Verhinderung der Fortsetzung des Panzerkreuzerbaues gescheitert ist. Im übrigen haben sie in der offiziellen Erklärung, die in diesen Tagen der demokratische Zeitungsdienst herausgebracht hat, ausdrücklich noch einmal erklärt:

„Die demokratischen Minister haben ihre Meinung, daß der Bau des Panzerkreuzers politisch unerwünscht und militärisch unzweckmäßig ist, nicht geändert.“

Im Hinblick darauf dürfte ihnen die Entscheidung leicht werden. Aber auch wenn die demokratischen Minister ihre eben noch proklamierten Grundätze und ihre Wähler im Stich lassen sollten, wäre der Kampf unserer Genossen im Kabinett keineswegs aussichtslos. Handelt es sich doch diesmal nicht um eine bloße Zustimmung zur Vollführung eines bereits gefassten Beschlusses, sondern um eine Beschlußfassung in reiner Form ohne jede Einschränkung. In diesem Falle tritt das besondere Votum in Kraft, das in Finanzfragen bei Kabinettsbeschlüssen dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichskanzler auf Grund der Geschäftsordnung der Reichsregierung zugewiesen ist. In dem betreffenden § 32 heißt es nämlich ausdrücklich, daß in einer Frage von finanzieller Bedeutung, in der die Reichsregierung gegen oder ohne die Stimme des Reichsministers der Finanzen beschließt, dieser gegen den Beschluß ausdrücklich Widerspruch erheben kann. Damit muß die Durchführung der Angelegenheit unterbleiben. Es ist denn, daß in einer neuen Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Reichsminister das Gegenteil beschließt und — das ist der springende Punkt — der Reichskanzler mit dieser Mehrheit stimmt hat.

Mit dieser Bestimmung ist der sozialdemokratischen Fraktion und ihren Ministern in der Regierung der Schlüssel in die Hand gedrückt. Die ganze Sättel ihrer Position kommt darin zum Ausdruck. Reichsminister und Reichskanzler können eine Beschlußfassung der Fortsetzung des Panzerkreuzerbaues bei der 2. Rate verhindern, sofern sie nur willens dazu sind. Das Kabinett dürfte sich Anfang, spätestens Mitte Oktober mit der Frage beschäftigen.

Wenigliche Gemüter werden rufen: Und was wird aus den 9 Millionen? Wir glauben sagen zu können, daß kein genügender Grund vorliegt, daß den 9 Millionen, von deren völlig zweckloser Verwendung die Mehrheit des deutschen Volkes überzeugt ist, weitere 71 Millionen nachgeworfen werden müssen. So oder so, das Panzerkreuzer ist Schrott und es ist schließlich besser, sich mit einem Schrotthaufen für 9 Millionen statt mit einem Schrotthaufen für 90 Millionen zu begnügen. Im übrigen dürfte, auch wenn mit dem Panzerbau am 17. August begonnen worden ist, noch nicht viel Material verbraucht worden sein, so daß ein guter Teil der 1. Rate für die Abdeckung der gegenüber den Werften und anderen Lieferanten eingegangenen Verpflichtungen benutzt werden kann. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen (Entschädigung wegen entgangenen Gewinn an die beauftragten Firmen) muß in Kauf genommen werden. Sie wären das allerheiligste Uebel, wenn freilich auch dieser Flodentrest zu tragen peinlich ist.

Partei und Minister haben also nach Lage der Dinge Gelegenheit den einmal begangenen Fehler leidlich wieder gutzumachen. Dabei wird, das müssen wir noch einmal betonen, die Pflicht der verantwortlichen Parteinstanzen sein, ohne Rücksicht auf irgendwelche Prestigeverluste vorzugehen. Im Gegenteil, wir können uns denken, daß dieser Vorgang, daß eine Partei und eine Wählerchaft wie ein Mann aufgestanden ist und ihre Vertreter zur Ordnung aufgerufen hat, in seiner ganzen imponierenden Größe den bürgerlichen Parteien ungeheuer imponieren wird und ihnen einen Begriff von der Macht und dem Selbstbewußtsein des politischen Willens erwachen in der deutschen Proletariats gibt. Denn dergleichen war in der deutschen Geschichte bis dato noch nicht erlebt. Für uns aber als Hüter der Idee des Sozialismus und der Zukunft der deutschen Arbeiterchaft kann es in diesen schwarzen Wochen nur einen Leitgedanken des Handelns geben, die Partei muß ihre Handlungsfreiheit wieder gewinnen.

Das geht nicht durch Ausweichen und Nachgeben, sondern nur dadurch, daß die Partei jetzt zielbewußt auf die Ablehnung der 2. Rate vorrückt. Nur so kann der Stoß abgefangen werden, den sie durch die Bewilligung des Panzerkreuzers erhalten hat.

## Die Folgen der Saarländer Zentrumskorruption

Fabriken stillgelegt wegen Mangel an Lohngebern  
Saarbrücken, 27. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Maschinenfabrik Kohrbach in Kohrbach (Saargebiet) hat ihre Belegschaft von 80 bis 60 Mann am Montagabend entlassen. Diese Maßnahme ist als eine der Auswüchse des St. Ingberter Spasallensandals zu betrachten, da die Kasse Gelder nicht mehr auszahlt. Die Maschinenfabrik Kohrbach arbeitete mit der St. Ingberter Spasallenseit Jahren.

## Belgrad gegen die Kroaten

Belgrad, 27. August. Der Ministerrat, an dem sämtliche Mitglieder der Regierung außer Außenminister Dr. Marinkowitsch teilnahmen, fasste am Sonntag den Beschluß, durch Gesetzesmaßnahmen die zerstörende Arbeit der extremen Elemente zu unterdrücken. Nach der Sitzung wurde ein Communiqué ausgegeben, in dem es heißt, daß die Regierung entschlossen ist, besondere Maßnahmen gegen jene Persönlichkeiten zu ergreifen, die den Staat zu destabilisieren versuchen.

# Genf in Verlegenheit

Infolge einer russischen Anfrage an die Abrüstungskommission

Genf, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Eine Besondere Sitzung der Abrüstungskommission hat Genf in große Verlegenheit versetzt. Litwinoff hat nämlich bei dem Vorsitzenden der Vorbereitenden Abrüstungskommission angefragt, warum die Kommission nicht wieder einberufen werde, nachdem durch das englisch-französische Flottenabkommen die wesentliche Schwierigkeit, die der Einigung noch entgegenstand, beseitigt sei, und nachdem durch Abschluß des Kellogg-Paktes jeder Grund fortgefallen sei, den Beginn der Abrüstung noch länger zu verzögern. Litwinoff fragt dann weiter, für wann der Vorsitzende die Kommission denn nun einberufen gedenke. Die Frage Litwinoffs sei berechtigt, da tatsächlich in der letzten Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission zuerst davon die Rede war, die nächste Tagung auf jeden Fall vor der Wölkerversammlung in diesem Jahre einzuhalten. Ein dahingehender Passus in der Schlussresolution wurde erst im letzten Augenblick von dem sehr unsatz vornehmenden Büro ausgemerzt, sodaß Mitglieder der Kommission noch nach der letzten Sitzung der Ansicht waren, sie hätten eine Resolution angenommen, in der ein Wiederzusammentreten der Kommission vor dem September 1928 verprochen sei. Es dürfte höchste Zeit sein, daß das merkwürdige Akkordstück aus dem Holländer Loubon, dem Griechen Politis und dem Norweger Colban, das als Büro der Abrüstungskommission deren Arbeiten mehr hemmt als fördert, durch objektivere und abrüstungsfreundlichere Leute ersetzt wird.

## Nach die Verhandlungen über die Waffenhandelskontrolle eine Farce

Genf, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Beratungen der am Montag zusammengetretenen Kommission zur Ausarbeitung eines internationalen Abkommens über die Kontrolle der Kriegsmaterialproduktion gaben nicht die Hoffnung, daß gründliche Arbeit geleistet werden wird. Während Japan seinen früheren Widerstand gegen die Einbeziehung der staatlichen Rüstungsindustrie in die Veröffentlichung der Waffenfabrikation aufgab, steht Frankreich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die staatliche Waffenproduktion nicht zur Debatte stehe, während Amerika und England darauf bestehen, daß staatliche und private Waffenproduktion in gleicher Weise von einer öffentlichen Kontrolle erfaßt werden. Die beiden angelsächsischen Staaten und noch mehr Italien wünschen, daß die Konvention im allgemeinen so gefaßt wird, daß sie keinen genauen Einblick in die Kriegsmaterialproduktion liefert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man sich auf einen einheitlichen Vorentwurf einigt. Dieser Entwurf dürfte aber so unbestimmt formuliert sein, daß er die Kontrolle auf ein Mindestmaß beschränkt.

A. Kr. Wenn es auch der Sowjetregierung sicherlich zuerst darauf ankommt, sich dafür zu rächen, daß Rußland nicht zu den Mächten gehört, die sofort zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes aufgefordert sind, so ist sein Vorstoß sachlich dennoch sehr berechtigt und kommt er doch gerade zur rechten Zeit, zumal in den nächsten Tagen die neuen Tagungen des Völkerbundesrats und der Kellogg-Versammlung beginnen. Außerdem zeigt auch die zweite vorstehende Meldung, wie wenig fruchtbare Arbeit im Völkerbund in der Abrüstungsfrage bisher geleistet wurde und wird. Was dort geschieht, sieht vielmehr einer Sabotage der Abrüstung ungleich ähnlicher als ihrer Vorbereitung. Maßnahmen, die eine wirkliche Kontrolle der Waffenfabrikation ermöglichen, durchzuführen, kann man sich nicht entschließen, weil man auf die Möglichkeit geheimer Rüstungen trotz des Kellogg-Paktes nicht verzichten will. Aber geredet wird von dieser Kontrolle ununterbrochen, um der Öffentlichkeit vorgutzuwischen, man wolle wirklich eine Kontrolle der Kriegsmaterialproduktion.

Es wäre unseres Erachtens an der Zeit, daß auch die deutsche Regierung einmal energig gegen diese Sabotage vorgehe. Von ihrer Seite hätte es einen weit größeren Wert, weil wir deutschen Sozialisten, die gegenwärtig mit in der Reichsregierung sitzen, nicht die Weltrevolution nur von einem neuen Weltkrieg erhoffen und erwarten, wie es die III. Internationale laut ihrem neuen Programm tut, die also, wenn sie die Weltrevolution vorbereiten will, von ihrem Standpunkte aus geradezu verpflichtet ist, zu diesem Zwecke zu einem neuen Weltkrieg zu treiben, deren Friedenspolitik daher stets verdächtig bleiben und als ein Täuschungsmanöver erscheinen muß.

Andererseits muß bald etwas geschehen, müssen die Beratungen des Völkerbundes über die Abrüstung und die mit ihr zusammenhängenden Fragen bald das Problem ernsthaft in Angriff nehmen, soll nicht allein der Völkerbund sondern auch das Bemühen der wirklichen Friedensfreunde um Erreichung der Abrüstung vor aller Welt lächerlich werden.

## Keine Stilllegung der Zeche Deimelsberg?

Bochum, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Den von der Adler-A.G. für Bergbau zum 1. September gekündigten Belegschaftsmitteln der Zeche Johann Deimelsberg und Zentrum IV/VI ist mitgeteilt worden, daß die Entlassung am 1. September noch nicht erfolgen wird. Maßgebend für diesen Beschluß der Verwaltung der Adler-A.G. ist offenbar die Auffassung, daß die neuerdings eingeleiteten Schritte, die zur Weiterführung der beiden Zechen unternommen wurden, Aussicht auf Erfolg versprechen.

## Nur dumm und plump

Furchtbar plumpe Versuche der Kommunisten, einen Gefangenen zu befreien

Bochum, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Der vor Jahren wegen Ermordung eines Polizeibeamten während der Kommunistenunruhen des Jahres 1923 vom Schwurgericht Bochum zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Kommunist Martin Margies ist auf Grund der letzten Amnestie zu 7 1/2 Jahren Gefängnis begnadigt und in das Bochumer Zentralgefängnis überführt worden. In Kreisen der kommunistischen Partei waren schon immer Bestrebungen im Gange, nach dem Beispiel von Berlin-Moabit Margies gewalttätig zu befreien.

Vor einigen Tagen weilt zur Vorbereitung dieser Aktion einige Führer der kommunistischen Parteizentrale aus Berlin in Bochum. Der Plan einer Befreiung des Margies aus dem Zuchthaus in Münster war durch den Abtransport nach Bochum durchkreuzt worden. Wie in Münster, versuchte man auch in Bochum sich der Hilfe der Gefangenen aufzulehnen zu bedienen. Der im Bochumer Zentralgefängnis in Dienst befindliche Gefangenenaufseher P. wurde in seiner in Bochum-Gertke gelegenen Wohnung wiederholt von Personen angegriffen, die ihm für den Fall einer Befreiung des Margies eine Belohnung von 2000 Reichsmark in Aussicht stellten. Dieses Anerbieten hat der pflichtgetreue Beamte rundweg ab-

gelehnt. Gelegentlich einer Straßenbahnfahrt von Gertke nach Bochum wurde P. wiederum von den gleichen Personen bedrängt. Er beschwor die telephonisch die Bochumer Polizei, der es jedoch nicht mehr gelang, die mit der Straßenbahn weitergefahrenen Kommunisten zu erreichen.

Erst jetzt war es möglich, den Hauptbeteiligten zu fassen. Nachdem er anfänglich jede Angabe über seine Person und seine Pläne verweigerte, raumte er nach behördlicher Feststellung seiner Personallisten ein, der Sekretär eines kommunikativen Reichstagsabgeordneten zu sein. Damit dürfte sich der Verdacht bestätigen, daß die Zentrale der K.P.D. in Berlin bzw. die den Schuß der Immunität genießenden Mitglieder der kommunistischen Parlamentsfraktionen den Bestrebungen nicht fernstehen. Ueber Einzelheiten verweigerte der Festgenommene jede Auskunft. Er wurde dem Untersuchungsrichter zugeführt.

## Hugenberg von sich selbst überzeugt

Ausschlußanträge gegen Hugenberg haben ihre Geschichte. Tausende von deutschnationalen Angestellten haben in Detmold einen Ausschlußantrag gegen Hugenberg gestellt. Der Landesverband Lippe, dem der Antrag zugegangen war, hat ihn, um sich eine Entscheidung zu ersparen, an den deutschnationalen Landesverband Westfalen-Ost abgegeben, also an die näheren Freunde Hugenbergs. Dort hat man ihn im Landesverband fürgerhand unter den Tisch lassen und dafür Hugenberg einmütig ein Vertrauensvotum gegeben mit der Versicherung, daß es für die deutschnationalen Volkspartei mehr als je nötig sei, fest bei ihren Grundfragen zu beharren.

Hugenberg hat das, was er für die Grundzüge der deutschnationalen hält, in einem Artikel in seinen Zeitungen dargelegt. Der Sinn dieses Artikels ist: Links von Hugenberg fängt die Sozialdemokratie an. Die bürgerlichen parlamentarischen Parteien, auch die deutschnationalen Volkspartei, leisten der Sozialdemokratie Vorspanndienste. Lam bach ist selbstverständlich ein Agent der Sozialdemokratie, man weiß also nun, weshalb er ausgeschlossen werden muß. Hugenberg glaubt jedoch fest an sich selbst. Er hofft, daß die den Staat verneinenden Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie die Oberhand gewinnen werden und ihm und seines gleichen Gelegenheit zu einem neuen Putz geben werden.

Die Not, die aus den vom Bürgertum nicht verhinderten sozialistischen Experimenten immer mehr herauswächst, wird diese Entwicklung beschleunigen, wenn ihr nicht rechtzeitig ein großer bürgerlicher Rettungsplan entgegengeleitet wird, an dessen Verfechter die deutsche Welt glauben kann.

Glaube fest an Hugenberg und seinen Rettungsplan! Das sind die Grundzüge und die politische Weisheit, die Hugenberg den Seinen empfiehlt. Forderungen der Angestellten nach Gleichberechtigung in der deutschnationalen Partei — das vertritt sich nicht mit der Rolle, die Hugenberg sich als Diktator der deutschnationalen selbst zugeeignet. Wo: Ausschluß für die Meinen Angestellten, das Vertrauensvotum für den großen Hugenberg.

## Lambachs-Verfahren zweiter Instanz

Am Mittwoch tritt das deutschnationalen Parteigericht zusammen, um das Ausschlußurteil gegen den Reichstagsabgeordneten Lam bach noch einmal zu überprüfen.

Die nationalistische „Deutsche Zeitung“ gibt diese Tatsache unter der Überschrift: „Die deutschnationalen am Scheidewege“ — „deutschnational oder sozialdemokratisch“ wieder.

## Neuer Zwischenfall in Ugram

Das Parteihem der Kroaten niedergebrannt

Die Bevölkerung von Ugram wurde am Montag in eine neue ungeheure Aufregung versetzt. Am Nachmittag brach in dem Heim der kroatischen Bauernpartei an verschiedenen Stellen ein Brand aus, der erst nach dreistündigen Bemühungen der Feuerwehr gelöscht werden konnte. In allen Bevölkerungsfreien Ugrams ist man der festen Ueberzeugung, daß Brandstiftung vorliegt.

Die Täter hatten es offensichtlich auf eine neue Beleidigung der kroatischen Bevölkerung abgesehen; denn der Brand galt zunächst den tausenden von Schleißen, die nach dem Begräbnis von Raditsch zu Ehren dieses kroatischen Führers in dem Heim der kroatischen Bauernpartei niedergelegt waren. Der Festaal des Heims war in ein „Raditschheiligtum“ umgewandelt worden. Sowohl die Schleißen wie das „Raditschheiligtum“ wurden ein Opfer der Flammen.

Am Montagabend durchzogen große Mengen aus Protest die Straßen Ugrams. „Nieder mit den Belgrader Söldlingen!“, „Nieder mit der Regierung in Belgrad!“, waren ständige Rufe der Demonstranten. Irgendwelche Zwischenfälle sind nicht zu zeichnen.

## Keine Einberufung des Reichstages

Berlin, 27. August. (Eigener Bericht.) Der Vorkostenrat des Reichstages hielt am Montag eine kurze Sitzung, ab, um über den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages zur Erörterung des Panzerkreuzerbaues zu entscheiden. Der kommunistische Agitationsantrag wurde von keiner Seite unterstützt. Es bietet daher bei den bisherigen Dispositionen, nach denen der Reichstag erst im Oktober oder November wieder zusammentreten soll, Ueber den Panzerkreuzerbau selbst wurde sachlich nicht diskutiert. Auch die Frage wurde offen gelassen, ob der Reichstag etwa später noch einmal zu dem Bau des Panzerkreuzers Stellung nehmen soll.

## Die Erpressung des Panzerkreuzerbaues

durch die Militaristen, hat bei den Reichsarbeitern, wie uns aus Kreisen der Gemeinde- und Staatsarbeiter geschrieben wird, besonders bittere Gefühle ausgelöst. Das Reichswehrministerium hat mit dem sofortigen Beginn des Panzerkreuzerbaues drastisch zum Ausdruck gebracht, daß die Mittel zum Bau des Panzerkreuzers nicht schnell genug verpulvert werden können. Dieses Vorgehen steht recht wenig im Einklang mit dem sonst üblichen Gezebe von den nicht vorhandenen Mitteln, das immer auftritt, wenn es einmal darum geht, den Arbeitern einige Pfennige Lohnerhöhung zu geben. Wie eine Ironie mutet es an, daß ungefähr um dieselbe Zeit, wo der Panzerkreuzer bewilligt wurde, das Reichswehrministerium eine Verfügung erließ, nach der die Arbeitszeit herabgesetzt werden kann, wenn — damit keine Mehrausgaben verbunden sind.

Handelt es sich um Arbeiter, dann tritt sofort das Bedürfnis nach Sparsamkeit in den Vordergrund. Sont ist man bereit, Millionen auszugeben, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken. Die Reichsarbeiter, vor allem diejenigen, die im Reichswehrministerium beschäftigt sind, sind der Meinung, daß es besser gewesen wäre, man hätte die Millionen dazu verwendet, um ihnen wenigstens einen halbwegs anständigen Lohn zu bezahlen und sie nicht halbwegs mit Bettelstücken abzuliefern, von denen sie nicht satt werden können. Tausende von Reichsarbeitern warten ferner seit Jahren auf die Einführung der so notwendigen Ruhelohnverordnungsliste, damit endlich auch einmal den alten im Dienste des Reichs ergrauten Arbeitern ein einigermaßen anständiger Lebensabend beschieden wird.

Die Reichsarbeiter erwarten von der Regierung, daß sie in Zukunft nicht nur im Bau von Panzerkreuzern bewilligungsreudig ist, sondern diese Freigebigkeit auch dann zutage tritt, wenn es sich um die Vinderung von Not und Elend für die Arbeiterchaft handelt. Gelegenheiten, diesen Wunsch zu erfüllen, sind genligend vorhanden.



**Familien-Anzeigen**

Außerstande, jedem einzelnen für die uns anlässlich unserer Doppelhochzeit in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeit zu danken, sprechen wir hiermit unsern herzlichsten Dank aus.

Wilhelm Heinze nebst Frau  
Erhard Jakob nebst Frau.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Am 21. August verstarb plötzlich durch Unglücksfall unser Freund und Verbandskollege, der Tischler

**Hermann Tannhäuser**  
im Alter von 55 Jahren, und seine Ehefrau  
**Emilie Tannhäuser, geb. Marx**  
im Alter von 53 Jahren. 2672  
Ein ehrendes Andenken werden ihnen bewahren  
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.  
Beerdigung: Dienstag, 28. August, nachm. 4 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle d. St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

**Verband der Deutschen Buchdrucker.**

Am 26. August verschied unser wertiges Mitglied,  
der Setzer-Invalide 2671

**Theodor Grunwald**  
aus Nordhausen im Alter von 77 Jahren.  
Sein Andenken werden stets in Ehren halten  
Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.  
Beerdigung: Mittwoch, den 29. August, 15 Uhr,  
auf dem alten Magdalenenfriedhofe, Steinstraße.

**Zurückgekehrt**

**Prof. Klestadt**  
Hals-, Nasen-, Ohrenarzt 1222  
Kaiser-Wilhelm-Straße 29.

**Grauer-Mäntel  
Kostüme  
Blusen**

in aparte Formen, besten Stoffen, tadelloser Verarbeitung zu mäßigen Preisen  
Extra-Anfertigung innerhalb 24 Stunden



**Konzerthaus  
WAPPENHOF**

Heute Dienstag ab 4 Uhr:  
**Das große Varieté-Programm**  
Eintritt 25 Pl.  
Ab 8 Uhr:  
**Der beliebteste Wappenhof-Ball**  
Morgen Mittwoch ab 4 Uhr:  
**Großer heiterer Nachmittags**  
Ab 8 Uhr:  
**Bunter Ball-Abend**

**2H** Sie sind Leser der Volkswacht  
Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie in der Volkswacht inserieren. Sagt das beim Einkauf, Ihr müßt uns auch damit auch selbst.

**Buchfreund!**

Habt Ihr in Eurer Bibliothek die Neuerscheinungen von 1928?

Wenn nicht, dann besucht ohne Kaufzwang

unsere **Volkswacht-Buchhandlungen Breslau**  
N. Graupenstr. 5 N. Taschenstr. 11 Flurstr. 4

**Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!**

Am 27. August verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden meine liebe, gute Frau, unsere liebe, herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

**Frau Berta Pohling geb. Schröter**  
im Alter von 53 Jahren 9 Monaten. 641

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen  
Breslau, den 27. August 1928

**Der tiefbetrübte Gatte**  
**Ferdinand Pohling**  
nebst Söhnen, Schwiegerältern und Enkelkindern.  
Beerdigung: Donnerstag, den 30. August, nachm. 3 1/2 Uhr,  
von der Halle des St. Salvator-Friedhofes, Ende Lohestraße, aus.

**Lobe-Theater**

(Tel.: 56747)  
Sonnabend  
den 1. Septbr., 20 Uhr  
(und täglich)  
Eröffnungsvorstellung:  
**„Hofus potus“**  
von Curt Goetz.  
Der Vorverkauf hat begonnen.

**Thalia-Theater**

(Tel.: 56747)  
Sonnabend  
den 1. Septbr., 20 Uhr  
(und täglich)  
Eröffnungsvorstellung:  
Wiederaufnahme des  
stimmlichen Scherzstückes  
**„Arm wie eine  
Kirchenmaus“**  
Multipliziert 7212  
von Ladislav Fiedor.  
Der Vorverkauf hat begonnen.

**Liebig-Theater**

Gastspiel des Berliner  
Metropoltheaters  
**Letzte 4 Tage!**  
Dienstag, den 28. August  
8 Uhr  
Zum letzten Male:  
Walter Kollo's  
größter Opernerefolg:  
**Wie einst  
Wim Mai**  
Mittwoch, den 29.,  
Donnerstag, den 30.,  
u. Freitag, den 31. 8.,  
8 Uhr:  
3täg. Welterfolgspiel  
Arthur Hill und die  
Berliner Strohbedeckung im  
Die lustige Hunderin  
Operette v. Fredy Raymond

**Wie einst  
Wim Mai**

Mittwoch, den 29.,  
Donnerstag, den 30.,  
u. Freitag, den 31. 8.,  
8 Uhr:  
3täg. Welterfolgspiel  
Arthur Hill und die  
Berliner Strohbedeckung im  
Die lustige Hunderin  
Operette v. Fredy Raymond

**Die lustige Hunderin**

Operette v. Fredy Raymond  
Gegen Vorzeigung  
dieses Musikquittens an  
der Theaterkasse 80 Pl.  
Genehmigung auf allen  
Plätzen.

Freie ab 1 ML

**Circus Busch**

Schau-Arena Tel. 29125  
Heute Dienstag  
singen:  
**Ernst Siegfried**  
Deutscher Meister  
gegen 7211  
**Jirsa** Tschecho-  
Slowakei  
**2 spannende**  
Entscheidungskämpfe:  
**Pichler** Salzburg  
Reiber gegen  
**Kuhtanen** Finnland  
**Tornow** Finnland  
Vorher: Varieté.  
Eintr. 50 Pl. 2 00 ML Lage

**Schauspielhaus Operettenbühne**

(Tel. 36300)  
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag,  
20 Uhr:

**Die letzten Aufführungen**  
**„Wissen  
Sie  
schon?“**  
Sonnabend und täglich 20 Uhr:  
**Gastspiel Margit Suchy**  
vom Theater des Westens, Berlin  
**„Coelette“**  
Sonntag Nachm. 15 1/2 Uhr:  
**„Eine einzige Nacht“.**

**Das Haus der  
billigen Preise**

In dieser Woche  
Tägliche  
**Bedarfsartikel**

mit vielen billigen  
**Ausnahmepreisen**

Große billige  
Spezial-Angebote

**Glas, Porzellan, Steingut  
Haus- und Küchengeräte**

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!



**Möbel-  
Speicher**

Es kommen folgende  
Möbel zum Verkauf:  
Schränke von 30.- an  
Vertikale . . . 25.-  
Küchenbüffel . 35.-  
Kaffe-Umbau . 65.-  
Waschbrettsmode  
Eichen-Marmor  
und Spiegel . . 85.-  
Waschtisch mit  
Marmor . . . 45.-  
Chaiselongue . 25.-  
Sofa . . . . . 35.-  
**Brüderstr. 79**  
an der Flurstraße

**Für Altschees**

und Matrizen, die  
innerhalb 14 Tagen  
nach Ablauf des  
Auftrages nicht  
abgeholt, kann eine  
Gewähr für Aufbe-  
wahrung nicht über-  
nommen werden.

**Verlag  
der  
Volkswacht**

**Breslauer  
Hallenschwimmbad**

Von Donnerstag, den 30 August an ist die  
**Männerschwimmhalle** wegen Umbauarbeiten **geschlossen.**

Die Herren benutzen zeitweise die Damenhalle.

**Badezeiten in der Damenhalle**

für Herren: für Damen:  
Montag vorm. von 7-1 Uhr nachm. von 2-8 Uhr  
Dienstag nachm. von 2-8 Uhr vorm. von 7-1 Uhr  
Mittwoch vorm. von 7-1 Uhr nachm. von 2-8 Uhr  
Donnerstag nachm. von 2-8 Uhr vorm. von 7-1 Uhr  
Freitag vorm. von 7-1 Uhr nachm. von 2-8 Uhr  
Sonnabend nachm. von 2-9 Uhr vorm. von 7-1 Uhr

**Sie bekommen jetzt**

große Posten Bürsten und Kämmen mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen in unserem Geschäftslokal

**auf der Oderstraße**

zweites Viertel vom Ringe zu kaufen u. bitten um baldigen Besuch. Bei dieser Gelegenheit werden wir Ihnen

**einen Mopbesen gratis**

verföhren, der schon zu Mark 1.75 erhältlich ist.

London & Co., G. m. b. H., Oderstraße 3, 2. Viertel vom Ringe

**NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN**

**CANADA**

Regelmäßige direkte Abfahrten  
nach **Halifax  
Quebec  
Montreal**

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt  
in Breslau: Norddeutscher Lloyd, General-Agentur  
Lloydreisebüro G. m. b. H., Neue Schweidnitzer Straße 6 (Allianz-Haus).

**Bettstellen**

Erlc, massiv, neuestes Modell, mit Patent- und Auslegematratze . . . . . 250.-  
Wüschschrank, dreiteilig . . . . . 95.-  
Auszahlisch . . . 45.- Chaiselongue . . . . . 38.-  
Schlafzimmer, Eiche, in jeder Preislage  
Teilzahlung gestattet! 7215  
**Max Giesel, Brüderstraße 23**

**KARL MASSAR:**

**Die volkswirtschaftliche  
Funktion hoher Löhne**  
Mk. 2.50

**Volkswachtbuchhandlungen**  
Neue Graupenstr. 5, Neue Taschenstr. 11, Flurstr. 4

**Zurückgekehrt**

**Dr. Eckert**  
Homöopath. Arzt  
Claassenstr. 7. 1192

**Zurückgekehrt**

**Dr. Otto Fuchs**  
Frauenarzt  
Kaiser-Wilhelm-Str. 25 a. 14013

**Zurückgekehrt**

**Dr. Korn**  
Steine. 7276  
Täglich 10-13 und Montag,  
Mittwoch, Freitag 18 1/2-19 1/2

**Zurückgekehrt**

**Frauenwelt**  
Eine Halbmonatsschrift  
für die Frauen  
des schaffenden Volkes.  
Preis 60 Pl.

Zu bestellen  
bei allen Zeitungsverlegern.

**Leihweise elegante**

**Frad-u. Rod-  
Anzüge**  
Herm. Mohaupt  
Karlsstraße 1, L. Tel. 57082  
früher Albrechtstraße.

**Sie verdienen täglich**

10 ML an Schnitzensel. Nur  
persönlich kommen.  
**Reife**  
in Serge, Kitten, Leinwand  
Nermelstuter • Koffhaar  
Garn, Anöpfe, Kermelie,  
Gardai, alles sehr billig, prima  
Ware • Detail und Engros

**Leihweise elegante**

**Frad-  
Anzüge**  
A. Patalong  
Schneidermeister  
Bischofstraße 3.

**Berläufe**

Ein gut erhaltener, fast neuer  
**Rasten-Wagen**  
sowie ebenholzes Vierde-  
gehirn steht zum Verkauf bei  
Ciccos, Hanslaw Frieding.

**Buchhdlg. Volkswacht**

Modernes Antiquariat  
Breslau 3, Neue Graupenstr. 5

**Wohnungen**

Zu nahe 2 lehrte Stube, 1 lehrte  
Küche, m. Verding, geg. eben-  
solche ober etc. größere, ohne  
Berein., Geg. Höpeltstr. 12  
unt. Gr. 332 a. d. Buchhandlg.  
Volkswacht, N. Graupenstr. 5.

**Gilt!**

Zu nahe sonniges, 2 lehrte  
Zimmer, Kabinen,  
entree mit Gas, Verding, m.  
überholde oder Stube und  
Küche. Off unter B. 788  
an die Geschäftst. d. 31g.

**Sauberes  
Lohniges**

Nähe Schlachthof, 12 r.  
Ang unter Gr. 331 an die  
Buchhandlung Volkswacht,  
Neue Graupenstr. 5.

**Arbeitsmarkt**

**Wettere Frau** od. junges  
Mädchen  
tagüber f. d. Haushalt gehülft.  
Urban, Gräbischen-Str. 5, 11.

**Arbeitsloje**

**Frauen und  
Mädchen**  
mit landwirtschaftlichen  
Arbeiten vertraut,  
werden sofort gehülft.

**Arbeitsnachweis der**

**Landwirtschaftstammer,**  
Breslau, Bahnhofstr. 19  
Dof rechts 7299

**In der  
„Volkswacht“ haben**

**Stellen-Angebote**  
infolge ihrer großen Ber-  
teilung in Arbeiter-  
kreisen besten  
Erfolg



Breslauer Nachrichten

Breslau, den 28. August 1928.

Was nun?

Wie in der vorigen Woche unsere Parteifunktionäre ihren Beschluß gegen eine Teilnahme am Hindenburgempfang faßten, geschah es nur so nebenbei, ohne Begründung, gewissermaßen nur für den Hausgebrauch. Denn vor der Arbeiterschaft bedurfte der Beschluß keiner näheren Begründung, er sollte nur die Richtung für die führenden Genossen sein, um sich nicht in Widerspruch zu der Meinung der Arbeitermassen zu setzen. Die "Schlesische Zeitung" höhnte zwar am anderen Tage, man werde die Sozialdemokraten beim offiziellen Empfang nicht vermissen, aber bald klang es anders. Man orakelte, daß die Bezirkskonferenz der Partei, zu der Reichstagspräsident Löbe eigens zu diesem Zweck nach Breslau komme, den örtlichen Beschluß umstoßen werde. Das Schweigen der "Volkswacht" wurde als stille Mißbilligung gedeutet. Um voraus sei bemerkt, daß die "Volkswacht" zunächst keinen Anlaß hatte, den ziemlich selbstverständlichen Beschluß der Funktivarversammlung vor der Öffentlichkeit zu begründen, sie konnte sich diese Begründung aufsparen für den Fall, wo Herr Hindenburg in Breslau ein-treffen wird. Inzwischen hat die Bezirkskonferenz stattgefunden. Genosse Löbe war nicht zugegen, was wohl beweist, daß es noch wichtigere Dinge in der Welt gibt, als die nach der "Schlesischen Zeitung" allerwichtigste Frage des Hindenburg-empfanges. Die Konferenz hat dazu überhaupt nicht Stellung genommen, keine Stellungnahme ist nach der Ansicht der "Schlesischen" aber auch eine Stellungnahme, und so orakelt sie heute morgen noch ahnungslos weiter, das "Tollschweigen" der "Volkswacht" sei eine Clapp: auf dem Rückzuge der Breslauer Radikalen.

Ja, wenn es so wäre! Aber es ist leider nicht so. Während der Redakteur der "Schlesischen" das ahnungslos schrieb, passierte im Gewerkschaftshaus etwas ganz Schreckliches: das Reichsbanner trat in einer großen Kundgebung öffentlich von Hindenburg ab. Gau- und Ortsvorstand war bereits am 4. Juli von ihm abgerückt, was die "Schlesische Zeitung" natürlich nicht zu wissen brauchte, nachdem es bereits öffentlich bekannt gemacht war. Mit der "Sabotierung des Hindenburgempfanges durch die Radikalen" war es also nichts. Man braucht gar nicht besonders radikal, sondern nur ein ehrlicher Republikaner zu sein, um im Hindenburgmummel der Stahlhelmsgesellschaft ein Haar zu finden.

Was wird nun geschehen, nachdem die Behörden, und hauptsächlich Herr Hindenburg selbst, den nebenstehenden Bericht über die Reichsbannerverammlung gelesen haben werden? Es ist darin ein Teil von dem enthalten, was die "Schlesische" von uns zu wissen beabsichtigte. Wird Herr Hindenburg nun den Ehrenvorsitz unter Nordbanditen niederlegen und öffentlich erklären, daß er nach seinem Verfassungsverstand nicht mehr schwarz-weiß-rot umtrummelt sein will? Verspricht er im voraus, bei seinem Besuche in Schlesia die nötige Distanz zu wahren zu den verschiedenen "Herrschershäusern" in Schlesia, wie es dem Präsidenten der Republik zukommt? Die Exe sind bekanntlich in unserer Provinz so zahlreich, daß man von Hindenburg solche Garantien verlangen muß, man denke doch nur, wie sich der Kronprinz auf dem Stahlhelmtag in Oppeln maufsig machte.

Wenn Hindenburg das nicht kann oder nicht will, schon weil ihm seine ganze Umgebung nach der anderen Seite im Ohre weht, wäre es wohl am besten, wenn der Magistrat seinen Ehrenbürger bittet, im Interesse des Wohles unserer Stadt auf seinen Besuch zu verzichten. Die republikanische Bevölkerung von Breslau würde einen Stahlhelmaufzug zum beschworenen Oberhaupt der Republik mit Recht als eine Provokation auffassen. Und wenn die "Schlesische" jetzt noch neugierig über unsere Meinung ist, sei darauf verwiesen, daß vor zwei Jahren auch in Breslau einer unserer Genossen von einem der Stahlhelmer ermordet wurde, von denen Herr Hindenburg Ehrenvorsitzender ist.

Der liebe Gott und die Arbeitslosen

Das klingt bald wie Gotteslästerung, denn, so wird mancher Leser und manche Leserin fragen, was haben diese beiden Dinge miteinander zu tun? Sehr viel, antworten wir. Gottlose Menschen, zu denen man ja auch die Sozialisten zählt, sind der Verkörperung, daß die sozialen Verhältnisse von Menschen geändert werden können. Im Verlage von Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen ist in diesem Jahre eine Gebetsammlung "Für Gott und das Volk" erschienen. Dort finden wir auch ein von Walter Rauschenbusch verfaßtes Gebet, das sich der Arbeitslosen besonders annimmt, und das wir unseren Lesern nicht vorhalten wollen:

Gebet für Arbeitslose und Müßiggänger

Herr unser Gott, in Kummer und Trauer gedenken wir der Tausende von Brüdern und Schwestern, die ehrliche Arbeit suchen und finden sie nicht. So zahlreich die ungestillten Röhre der Menschen sind und so weit unser Land, das nach Arbeitern ruft, dennoch finden diese Deine Söhne und Töchter keinen Platz zur Arbeit, und suchen sie danach, so werden sie durch den mühseligen Abstieg der Hoffnungslosigkeit ausgeliefert. Vor Dir, Du gerechter Gott, bekennen wir alle uns mühselig an diesem Mühselstand unseres gewerblichen Lebens, der sogar willige Arbeiter in das Elend des Müßigganges und der Sorge stößt und manch einen lehrt, ein Behagen am Nichtstun zu finden, obwohl es ihm früher verhaßt und ein Schreckgespenst war.

Desgleichen jedoch gedenken wir auch voller Sorge und Mitleid jener Müßiggänger unter den Reichen, die zwar gesund sind an Körper und Geist und trotzdem keine nützliche Arbeit verrichten. Vergib ihnen, daß sie auf arbeitgekrümmte Schultern die Last laden, für ihren Unterhalt zu sorgen. Vergib ihnen, daß sie an Verküßnissen vergeuden, was die blauen Kinder der Arbeiter ernähren könnte. Vergib ihnen, daß sie das Gift ihres Genüßlebens den dürstenden Herzen der Jugend darbringen und so sie verlocken, durch Augen- und Fleischlust diebisch und zuchtlos zu werden. Vergib ihnen, daß sie sich gar noch mit ihrem Müßiggang brüsten und jene verachten, von deren Mühsal sie leben. Vergib ihnen, daß sie ihr besseres Ich überhäufen durch Scheinpflichten und durch schimpfliches Almosengeben. Wir bitten Dich, laß die neue Stimme, mit welcher Dein Geist uns

Das Reichsbanner empfängt Herrn Hindenburg nicht

Der Beschluß ausführlich begründet

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold tagte gestern abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses, der dicht besetzt war. Man nahm zunächst einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Kameraden Wendemuth aus Waldenburg entgegen, der auf die Unterzeichnung des Kriegsschlichtungspaktes in Paris verwies, der leider durchaus keine Friedenssicherung darstellt. Schwarz wandte er sich gegen die Bemüßigung des Panzerkreuzers. Was vom Volke ausgebracht wird, soll für des Volkes Wohlfahrt verwandt werden. Eine mit hartem Beifall aufgenommene Rede klang aus in die Mahnung zur Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Republik und des Friedens.

Hierauf berichtete Kamerad Funke über den Beschluß von Gauvorstand und Ortsvorstand zum Besuche Hindenburgs. Der Beschluß empfiehlt, sich am Empfange Hindenburgs nicht zu beteiligen. (Stürmischer Beifall.) Der Beschluß wurde bereits am 4. Juli gefaßt, Beschlüsse anderer Organisationen haben ihn also nicht beeinflusst. Herr Hindenburg hat zwar während seiner Amtszeit nichts gegen die Republik getan, aber wir hätten es lieber gesehen, wenn er etwas für die Republik getan hätte. (Lebhafter Beifall.) Unvereinbar mit der Stellung eines Oberhauptes der Republik ist der Ehrenvorsitz im Stahlhelm. (Stürmischer Beifall.) Der Redner erinnert an die Stahlhelmgemeinschaften in Bantowik und Griegau. In Hamburg hat sich der Bundesführer des Stahlhelms für eine gewaltsame Aenderung der Verfassung ausgesprochen. Und Hindenburg, der den Eid auf die Verfassung geleistet hat, ist weiter Ehrenmitglied des Stahlhelms geblieben. In den Stahlhelm-Frontsoldatentag in Oppeln, dem der Kronprinz und seine Frau beiwohnten, hat Hindenburg ein Telegramm geschickt, worin er den alten Kameraden die alte Kameradschaft versichert.

Im Anschluß hieran gab Kamerad Kötter folgende Entschließung bekannt:

Die heute tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Breslau, bedauert, daß der Reichspräsident von Hindenburg seine Einstellung zum Stahlhelm, dessen Ehrenmitglied er immer noch ist, nicht geändert hat.

Wir, das Reichsbanner als republikanische Organisation können es nicht verstehen, nachdem, wenn auch in verschleierte Form in der Stahlhelmschöpfung anfänglich des neunten Reichsfrontsoldatentages in Hamburg von einer gewalttätigen Aenderung der Verfassung die Rede ist, der Reichspräsident, der doch seinen Schwur auf die Verfassung abgelegt hat, keine Veranlassung nimmt, sich von dem verfassungswidrigen Stahlhelm zu trennen. Das vom Reichspräsidenten selbst verfertigte und abgehandelte Begrüßungs- und Glückwunschtelegramm anlässlich der Stahlhelmsfeier in Oppeln am 1. Juli dieses Jahres ist leider ein Beweis der mangelnden Neutralität des Reichspräsidenten.

Aus diesen Gründen heraus billigt die Mitgliederversammlung den Beschluß des Gauvorstandes vom 4. Juli dieses Jahres, sich an einer eventuellen Einladung bzw. Aufforderung am Empfange des Reichspräsidenten v. Hindenburg nicht zu beteiligen.

Kamerad Mähle hält zwar diese Stimmung der Versammlung im Hinblick auf den Panzerkreuzer für verständlich, aber Hindenburg komme nach Breslau nicht als Generalfeldmarschall, sondern als der Amtsnachfolger von Friedrich Ebert. Das Amt müsse man achten. Er sei für Teilnahme am Empfange, wenn dabei alle republikanischen Verbände, Stahlhelm, Werwolf, Krieger- und Marinevereine, überhaupt alles,

was unter Schwarz-Weiß-Rot marшиert, von der Teilnahme ausgeschlossen bleiben.

Die Kameraden Keiler und Foerder sind für Teilnahme am Empfang. Die Republikaner dürften nicht den anderen das Feld allein überlassen, es sehe sonst so aus, als sei Breslau eine monarchistische Stadt.

Kamerad Alexander: Unser Beschluß wird morgen in der Öffentlichkeit wie eine Bombe einschlagen, aber es ist nötig, daß es einmal einschlägt. Es sind sehr beachtenswerte Leute, die da reden, ich, er tut ja nichts gegen die Verfassung. Jeder anständige Beamte hat den gelächelten Eid zu halten, und es ist kein besonderes Verdienst, wenn der Reichspräsident seinen Eid hält. Wir haben im Interesse der Allgemeinheit manches auf uns nehmen müssen, was uns gegen den Strich ging, ehren aber können wir nur, wer positive Arbeit für die Republik leistet. Das Reichsbanner hat sie geleistet. Man will einen Unterschied machen zwischen dem Reichspräsidenten und dem Generalfeldmarschall. Warum ist der Reichspräsident nicht früher gekommen, warum mußte er erst zum Ehrenbürger gemacht werden bevor er kommt. (Stürmischer Beifall.) Hätte man ihn nicht zum Ehrenbürger gemacht, dann hätte er Breslau nicht betreten. Als Ebert nach Breslau kam, wählte man nichts vom Reichsbanner, da hat man uns nicht eingeladen; als Staffage für eine monarchistische Sache geben wir uns nicht her. (Stürmischer Beifall.) Ausschlaggebend aber ist für uns, daß Hindenburg Ehrenvorsitzender des Stahlhelms ist, Ehrenvorsitzender einer Organisation, die Hochverrat betreibt. Wir haben nicht verlangt, daß die anderen Ebert ehren sollten, sie sollten ihn nur nicht schmähen und verleunden. (Stürmischer Beifall.)

Kamerad Schultes: Der Empfang wäre ein anderer, wenn Hindenburg als Reichspräsident so wäre, wie er es sein möchte. Nachdem er auf Schwarz-Rot-Gold den Eid geleistet hat, möchte er es als eine Beleidigung zurückweisen, wenn man ihn mit Schwarz-Weiß-Rot naht. Und wie sieht seine Umgebung aus? Sage mir, mit wem du umgehst und ich sage dir, wie du bist.

Kamerad Marschall: Herr Hindenburg hat seinen Eid nicht geleistet, um für die Republik zu arbeiten, denn er hat bisher noch nichts für sie getan. Indem er Ehrenvorsitzender des Stahlhelms ist, schädigt er die Republik. Das Reichsbanner würde getötet sein, wenn wir uns unter solchen Umständen am Empfange beteiligen wollten. Und das soll so aussehen als ob Breslau eine monarchistische Stadt wäre. Man braucht nur auf das Rathaus zu sehen, um zu wissen, daß Breslau republikanisch ist. Herr Hindenburg kommt auch nicht aus bloßem Interesse für Breslau und Schlesia hierher, sondern zu den Manövern.

Kamerad Banecki: Bevor Hindenburg den Ehrenvorsitz in einer Nordorganisation nicht niederlegt, können wir ihn nicht empfangen. Wir stellen uns nicht neben den Stahlhelmer auf, die unsere Kameraden meuchlings ermorden.

Kamerad Gabriel: Im Gauvorstande ist Kamerad Herrmann gleich zuerst mit dafür eingetreten, daß sich das Reichsbanner nicht am Empfange beteiligt. Unsere Schulten können sich auch nicht am Empfange beteiligen, um das Niederländische Dankgebet zu singen.

Kamerad Funke zieht aus verschiedenen Zeitungsnachrichten den Schluß, daß sich Hindenburg in der Panzerkreuzerfrage stark zugunsten des Bundes eingelassen hat.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Bei der Abstimmung über die Entschließung erfolgt deren Annahme mit allen gegen sieben Stimmen.

Mit dem Gesange des Bundesliedes fand die Versammlung ihr Ende. Unter Musik zogen die Fahnen aus dem Saale.

Menschen von heute wachruft, auch sie erwecken, damit sie zu Deines Christus tiefstem Blick das Auge aufschlagen und von den gegenwärtigen Schmerzen der Reue ergriffen werden. Verleihe ihrer Seele die Kraft, aus der leidenden Schande sich aufzuraffen und schließlich das Brot, das sie essen, ihren Brüdern vollwertig wiederzugeben.

Unserem ganzen Volke aber gib Weisheit zum Aufbau einer besseren Gemeinschaftsordnung, die keinen zwingen wird, arbeitslos zu darben und keinem gestatten wird, prässend müßig zu gehen, wo aber alle erfahren sollen, welche Wohlthat tüchtige Arbeit und welches Labial redlich verdiente Ruhe ist.

Interessant ist das Eingeständnis im letzten Satz, daß unsere Wirtschaftsordnung, oder wie es hier heißt, unsere Gemeinschaftsordnung, nichts taugt. Auch wir stimmen in diesem Punkte mit dem Gebet überein. Diese bessere Gemeinschaftsordnung, in der niemand gezwungen wird, arbeitslos zu darben und keinem gestattet wird, prässend müßig zu gehen, das ist die von den Sozialisten erdachte Gesellschaftsform, der Sozialismus. Die Sozialisten sind allerdings immer noch der Meinung, daß nicht der liebe Gott, sondern die Menschen selber arbeiten müssen, um die bestehende Ungerechtigkeit auszurotten. Damit nicht die gefundenen Müßiggänger der Reichen, die keine nützliche Arbeit verrichten, also keine Existenzberechtigung haben, alle Lasten auf arbeitsgekrümmte Schultern laden. Das betrifft gerade die Kreise, die am meisten dem Volke sagen, das Begehrlichkeit Sünde ist. Wir wünschen diesem Gebet in Arbeitgebetkreisen die weiteste Verbreitung. Hoffentlich schlagen sich recht viele an

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Breslau

Boranzeige!

Der Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Breslau eröffnet am 12. September wieder seine Tätigkeit mit einer

Eröffnungsfeier

Mitwirkende: Der Vorsitzende der Breslauer Volkshöhe, Eggers, spricht über "Der Sinn der Arbeiterbildung", Genosse Grabowski wird Gedichte von Verhaeren, Oscar Wilde, Heinrich Verjeh und Branger rezitieren. Die Musikgruppe der J. d. A.-Jugend wird den Abend durch einen Musikvortrag eröffnen und der Sprechchor der S. V. Breslau wird zum Schluß das Sprechchor-Werk "Morgensrot" von Karl Bröger auführen.

Beginn abends 8 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17. Eintrittspreis 20 Pf., für Jugendliche und Erwerbslose die Hälfte.

die Brust, die ihren Arbeitern nur einen Teil des verdienten Lohnes auszahlen und den übrigen Teil verprassen. Wir gedenken dieser Müßiggänger nicht voller Mitleid. Wir fordern auf zum Kampf gegen diese unwürdigen Verhältnisse. Alle Arbeitenden, die es ehrlich meinen mit ihrer Klasse, müssen sich den freigewerkschaftlichen Organisationen und der Sozialdemokratischen Partei anschließen und dort für eine bessere Gemeinschaftsform, für den Sozialismus, kämpfen.

Die "Volkswacht" im Odetort

Ab 1. September d. J. befindet sich unsere Vertretung für die in der Odetorstadt gelegenen Bezirke in der Matthiasstraße 155 in dem Zigarrengeschäft des Herrn Wenzel. Dort wird auch die Zeitung an die Trägerinnen ausgegeben. Die Einrichtung soll unseren Lesern bei der Aufgabe von Anzeigen und Zeitungsbestellungen Bequemlichkeiten verschaffen.

Verlag der "Volkswacht".

In Sachen Molinari und Grzimek

Durch Beschluß der 6. Ferienkammer des Landgerichts Breslau ist in der Strafsache gegen Molinari und Genossen das Hauptverfahren gegen die Angeklagten Jakob Molinari, Arnold Grzimek, Wilhelm Urban und Johannes Kantelberg eröffnet worden und zwar gegen die beiden erstgenannten wegen Konkursverbrechens und Vergehens sowie Betruges, gegen Grzimek ferner auch wegen Urkundenfälschung, gegen Urban und Kantelberg wegen Beihilfe.

Ferner ist dem Urtrage der Staatsanwaltschaft gemäß beschlossen worden, die drei Angeklagten Rabenow, Fregang und Geisler außer Verfolgung zu setzen.

Zur Krisis in der städtischen Wohlfahrtspflege

Zu dieser Klage aus den Kreisen der Wohlfahrtspfleger wird uns geschrieben:

Der Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt zählt zu seinen Mitgliedern viele erfahrene Wohlfahrtspfleger und Wohlfahrtspflegerinnen, denen auch die Betreuung der Erwerbslosen eine Ehrenpflicht ist.

Bei einem Massenmordstand jedoch, wie ihn die jetzige Erwerbslosenfürsorge zeitigt, bleibt es wünschenswert, daß das Wohlfahrtsamt selbst wieder, wie früher, ein Sonderbüro zur Verwaltung der Erwerbslosenfürsorge einrichtet. Ein dahingehender Antrag ist an anderer Stelle von der Arbeiterwohlfahrt eingeleitet.

Von einer bedrohlichen Haltung Erwerbsloser den Wohlfahrtspflegern gegenüber, ist in unseren Helfer-Versammlungen nichts bekannt gegeben worden — wohl aber ist über vielfache Erregung wegen der mangelnden Krisenfürsorge berichtet worden.

Laxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde



Verbot — statt Brot!

Aus den Kreisen des Straßenhandels wird uns geschrieben: Wenn diese Zeilen in Druck erscheinen, sich der Breslauer Straßenhandel im Abwehrkampf gegen bedrückende Verbote...

Der Breslauer Straßenhandel ist in den langen Jahren seines Bestehens ein volkswirtschaftlicher Faktor im Wirtschaftsleben unserer Stadt geworden. Er wirkt preisregulierend und zwingt dadurch den Ladeninhaber auch keine Preise zu setzen.

Gründe genug, um zu glauben, daß der Straßenhandel den Schutz aller Behörden genießen müsse. In einer Zeit, da Tausende erwerbslos sind, sorgen jedoch Polizei und Magistrat dafür, daß abertausende der Wohlfahrtspflege in die Arme getrieben werden...

Man möchte annehmen, daß dies allen Beamten der Republik bekannt ist. Bei den für den Straßenhandel in Frage kommenden Institutionen scheint man wenig davon zu wissen.

Wir fordern von allen Behörden Anerkennung und Gleichberechtigung mit dem wirtschaftlich härteren Ladenhandel.

Die breite Masse möge nun ihr Urteil fällen und sich fürchten, daß es nicht zugunsten der Behörden ausfällt.

Vom Königsplatz

Das Tankhauschen der „Mier-Gesellschaft“, das seinen Platz an der nordwestlichen Ecke des Königsplatzes hat, und das erst vor zwei Jahren erbaut wurde, mußte ebenfalls, wie so vieles andere an diesem Platze, den Verkehrsinteressen geopfert werden.

Der Ringermittelfreit

Der für Montag angekündigte Kampf im freien Stil bis zur Entscheidung, zu dem Hucht an der Spitze den Tischchen Tirsja herausgefordert hatte, verzichtete seine Wirkung auf das ringkampffreudige Publikum auch diesmal nicht.

Durch Fingerabdrücke überführt

In der Nacht zum 18. September 1925 wurde in das Dietrichsche Wirtshaus auf der Gartenstraße 31 ein Einbruch verübt, wobei eine Kasse mit 642 Mark Geld und eine goldene Uhr, sowie ein Zehner Schinken und Würstchen gestohlen wurden.

Sein dreißigjähriges Ehejubiläum feiert heute der Güterbediensteter Paul Kühn von Güterabfertigung Breslau-Ost mit seiner Frau.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Abteilung Oberer, Freitag, den 31. August, 20 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im „Bergleiter“ Thema: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften“ Referent: Genosse Krumm.

Abteilung Arbeiterinnen, Mittwoch, den 26. August, 19 Uhr, in bekanntem Platte, Freitag, den 31. August, 20 Uhr, im „Bergleiter“ Appell mit Aufzählungen.

Sozialistische Studentengruppe Donnerstag, den 30. August, abends 20 Uhr, Cecilienstraße: Ferienaufnahmefest. Vortragabend: „Staat und Revolution“.

Sozialistische Arbeiterinnend Freitag, den 30. August, abends 20 Uhr, Cecilienstraße: Ferienaufnahmefest. Vortragabend: „Staat und Revolution“.

Freiwerkschaftliches Jugendkartell Montag, Hamburgstraße: Wer das Jahrgeld von 21 Mark bis heute abend 7 Uhr (Dienstag) im Zimmer 44 nicht abliefern, kann nicht mitfahren.

Freiwirtschaftliche Klassen-Lotterie. (17. Ziehungstag.) Wie aus der Lotterieliste Nr. 11 mittelf. wurden folgende Gewinne gezogen: 10 000 Mark Nr. 237 523; 5000 Mark Nr. 75 040.

Reichsbund der Kinderreichen, Bezirk Hapselwig-Siedlung. Das für Sonntag, den 2. September, angeordnete Kinderfest findet nicht statt. Alles Nähere in der nächsten Monatsversammlung am Sonntag, den 8. September, bei Reichert.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 1. Ost-Westverkehr: Nikolai- bzw. Reuschstraße.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 2. Nord-Südverkehr: Königsbrücke.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 3. West-Ostverkehr: Nikolai- bzw. Reuschstraße.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 4. Süd-Nordverkehr: Königsbrücke.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 5. West-Südverkehr: Nikolai- bzw. Reuschstraße.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 6. Ost-Nordverkehr: Nikolai- bzw. Reuschstraße.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 7. Süd-Westverkehr: Nikolai- bzw. Reuschstraße.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 8. Nord-Ostverkehr: Nikolai- bzw. Reuschstraße.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 9. Süd-Ostverkehr: Nikolai- bzw. Reuschstraße.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 10. West-Nordverkehr: Nikolai- bzw. Reuschstraße.

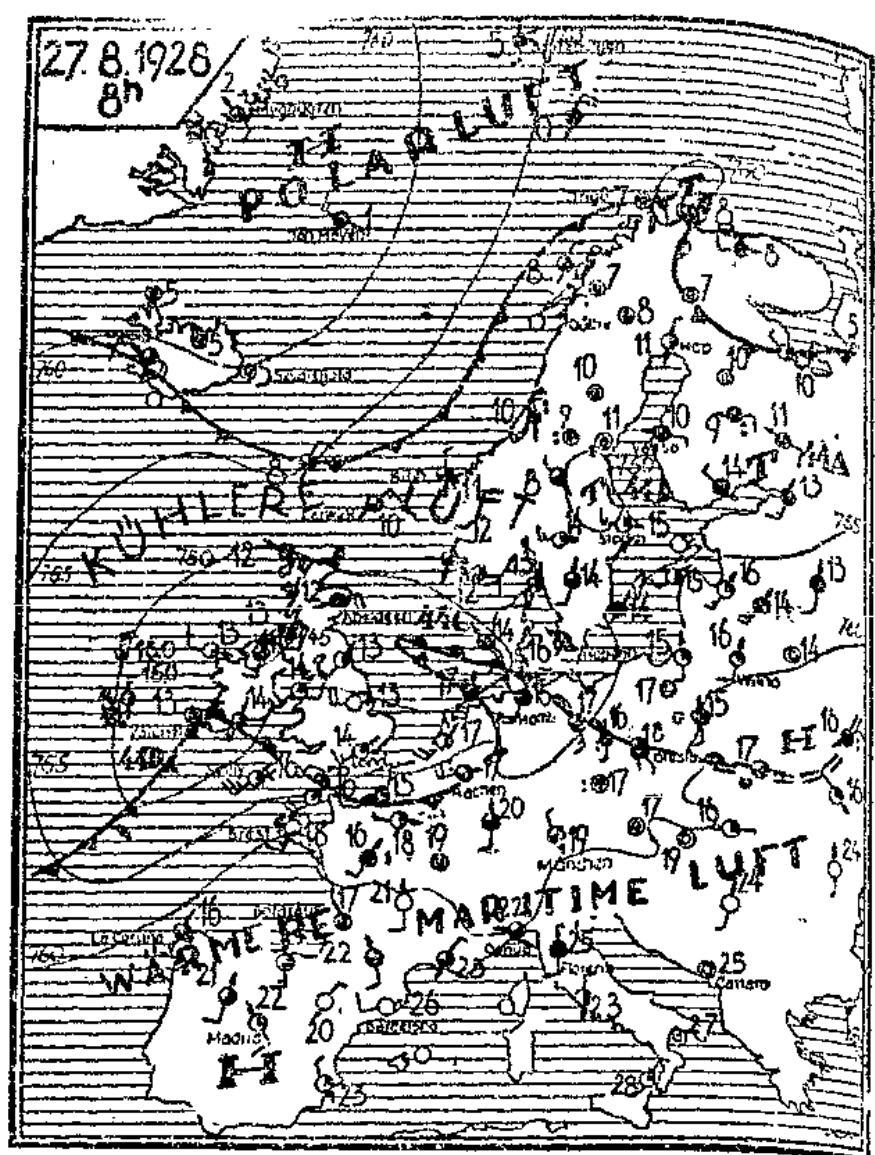
Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 11. Süd-Westverkehr: Nikolai- bzw. Reuschstraße.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 12. Nord-Südverkehr: Königsbrücke.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 13. West-Ostverkehr: Nikolai- bzw. Reuschstraße.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 14. Süd-Nordverkehr: Königsbrücke.

Während der Umbauarbeiten am dem Königsplatz innerhalb des dritten Bauabschnittes — Nordwestecke — vom 30. August bis 12. September wird der Verkehr wie folgt umgeleitet: 15. West-Südverkehr: Nikolai- bzw. Reuschstraße.



Umläufiger Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

Nach längerer Aufhellung und Erwärmung haben kühlerer Luftmassen hinter der Störung 44 C am Montag abend Silesien erreicht. Bei ihrem Einbruch ist es zu einzelnen leichten Schauern gekommen.

Table with columns: Datum, Temperatur (heut früh, Maxim. seit 24 Stunden, Min.), Wolke, Wind, Niederschlag, and other weather-related data for various locations like Grünberg, Görlitz, and Breslau.

Wasserstand

Table showing water levels for various locations on August 28th, including Rattbar, Neisse, and other rivers.

Schlügerei mit blutigem Ausgang. In einer Gastwirtschaft im Hause Lehndamm 51 gerieten am Montag abend gegen 24 Uhr ein Arbeiter aus der Schächelstraße und ein Handelsmann aus der Bodstraße mit dem Wirt in Streit.

Wieder zurückgeführt ist die Blumengeschäftsinhaberin Sartmann, An der Magdalenastraße 4, die am vergangenen Mittwoch unter rätselhaften Umständen verschwunden war.

Wieder zurückgeführt ist die Blumengeschäftsinhaberin Sartmann, An der Magdalenastraße 4, die am vergangenen Mittwoch unter rätselhaften Umständen verschwunden war.

Wieder zurückgeführt ist die Blumengeschäftsinhaberin Sartmann, An der Magdalenastraße 4, die am vergangenen Mittwoch unter rätselhaften Umständen verschwunden war.

Wieder zurückgeführt ist die Blumengeschäftsinhaberin Sartmann, An der Magdalenastraße 4, die am vergangenen Mittwoch unter rätselhaften Umständen verschwunden war.

Wieder zurückgeführt ist die Blumengeschäftsinhaberin Sartmann, An der Magdalenastraße 4, die am vergangenen Mittwoch unter rätselhaften Umständen verschwunden war.

Wieder zurückgeführt ist die Blumengeschäftsinhaberin Sartmann, An der Magdalenastraße 4, die am vergangenen Mittwoch unter rätselhaften Umständen verschwunden war.

Wieder zurückgeführt ist die Blumengeschäftsinhaberin Sartmann, An der Magdalenastraße 4, die am vergangenen Mittwoch unter rätselhaften Umständen verschwunden war.

Wieder zurückgeführt ist die Blumengeschäftsinhaberin Sartmann, An der Magdalenastraße 4, die am vergangenen Mittwoch unter rätselhaften Umständen verschwunden war.

Wieder zurückgeführt ist die Blumengeschäftsinhaberin Sartmann, An der Magdalenastraße 4, die am vergangenen Mittwoch unter rätselhaften Umständen verschwunden war.

Wieder zurückgeführt ist die Blumengeschäftsinhaberin Sartmann, An der Magdalenastraße 4, die am vergangenen Mittwoch unter rätselhaften Umständen verschwunden war.

Wieder zurückgeführt ist die Blumengeschäftsinhaberin Sartmann, An der Magdalenastraße 4, die am vergangenen Mittwoch unter rätselhaften Umständen verschwunden war.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserer Leserschaft, für die wir nur die redaktionelle Verantwortung übernehmen.

Wenn man einen Arzt braucht. Diese Frau hat am 18. August, 9 1/2 Uhr, entbunden. Da aber die Geburt zu normaler Zeit nicht kam, ließ sie die Hebamme ersuchen, nach einem Arzt zu schicken.

Wenn man einen Arzt braucht. Diese Frau hat am 18. August, 9 1/2 Uhr, entbunden. Da aber die Geburt zu normaler Zeit nicht kam, ließ sie die Hebamme ersuchen, nach einem Arzt zu schicken.

Wenn man einen Arzt braucht. Diese Frau hat am 18. August, 9 1/2 Uhr, entbunden. Da aber die Geburt zu normaler Zeit nicht kam, ließ sie die Hebamme ersuchen, nach einem Arzt zu schicken.

Wenn man einen Arzt braucht. Diese Frau hat am 18. August, 9 1/2 Uhr, entbunden. Da aber die Geburt zu normaler Zeit nicht kam, ließ sie die Hebamme ersuchen, nach einem Arzt zu schicken.

Wenn man einen Arzt braucht. Diese Frau hat am 18. August, 9 1/2 Uhr, entbunden. Da aber die Geburt zu normaler Zeit nicht kam, ließ sie die Hebamme ersuchen, nach einem Arzt zu schicken.



- Serienspiele für den 2. September 1928
Reihenfolge bedeutet: Zeit, Vereine, Plak. Schiedsrichter.
16.00: Vf.B. I - 1921 II; Ostschin; Gwald.

- III. und IV. Mannschaften
10.00: Vf.B. III - Stern III; Ostschin; Gregor.
10.00: 1921 III - Sturm III; Bebelpark; Jedel, Er.

Jugendmannschaften
10.00: Hertha 1. Jgd. - Fr. Sportfreunde Jgd.; Gräbichen; Demnia.

Wägung, Gymnastik-Kursus!
Laut Preisenotiz verankert das Stadtamt für Leibübungen einen Gymnastik-Kursus. Wir erziehen unsere Sportgenossen und Sportgenossinnen zu demselben keine Meldung abgegeben.

Hochfeudaler Tennissport mit Kloperei!
Während einem norddeutschen Tennis-Turnier hat eine bekannte bürgerliche Tennisspielerin von internationalem Ruf der Mutter einer gleichfalls internationalen Spielerin ein paar "Ballchen" verabfolgt.

Freie Turnerschaft Breslau E. V.
An alle Abteilungen!
Alle Abteilungsveranstaltungen beschäftigen sich eingehend mit der Frage unserer Winterbildungsarbeit.

Freie Turnerschaft Breslau E. V., Vereinsjugendbrigade.
Alle Genossen der Vereinsjugendbrigade müssen bestimmt Dienstag, den 28. September, auf dem Turnboden, Brodauer Straße, erscheinen.

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!

Bezirkskonferenz Mittelschlesien zur politischen Lage
Die Resolutionen der Bezirkskonferenz sind infolge eines sachtechnischen Verfehlers gestern etwas unüberichtlich wieder gegeben worden. Wir wiederholen sie deshalb noch einmal:

Die Bezirkskonferenz hält die Einberufung eines Parteitagess für unbedingt notwendig und beauftragt den Bezirksvorstand, auf die Einberufung des Parteitages zu drängen.

Die Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Mittelschlesien mißbilligt aufs schärfste das passiv Verhalten der vier Genossen in der Reichstagsregierung, bei der Beschlußfassung über Inangriffnahme des Baues des Panzerkreuzers A.

Sie fordert von allen führenden Genossen, auch von denen, die in der Reichsregierung oder den Länderregierungen sitzen, engste Fühlungnahme mit der Parteigenossenschaft.
Ueberzeugt von dem Willen der Reichstagsfraktion, alle Kräfte zu Verhinderung von weiteren Rüstungen aufzubieten, erwartet sie von der Reichstagsfraktion und den parteigenösslichen Ministern, die Ablehnung aller übrigen Räten des Panzerkreuzers A.

Zudem sie das schnelle und entschlossene Handeln des Parteivorstandes anerkennt, gelobt sie, alles daran zu setzen, die Sozialdemokratische Partei als die alleinige politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse stärker und schlagfertiger zu machen.

Der tiefgehende Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Parteiorganisation zeigte sich wohl selten stärker wie in den erregten Debatten, die vor aller Öffentlichkeit in den letzten Wochen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands um die Panzerkreuzerfrage geführt wurde. Gegenüber, denen keine politische Organisation entgegen, werden in keiner Partei des deutschen politischen Lebens mit der gleichen Freimütigkeit und Kameradschaftlichkeit ausgetragen, wie in der Sozialdemokratie und dies erfüllt uns, unbeschadet der niederdrückenden Wirkung des ungeliebten Beschlusses, mit Stolz; läßt uns trotz aller Widrigkeiten des Tages zukunftsreicher neuen Kämpfen entgegen sehen.

Auch die Sonntag vormittag im Breslauer Gemerkschaftshaus zusammengetretene Bezirkskonferenz, die sich aus den Kreisvorsitzenden und den Sekretären des Bezirks zusammensetzt, zeigte unbeschadet mancher leidenschaftlichen Auseinandersetzung nicht nur einhellige Ablehnung der Haltung der vier Minister, sondern auch in dem Austausch auseinandergehende Meinungen über Tragweite Konsequenz und Taktik das Bild wahrhaft durchgebildeter Parteidemokratie. Schieden sich auch naturgemäß vielfach die Meinungen der in alle antimilitaristische Tradition fest verankerten nächsten Genossen von denen des flachen Landes, wo eben erst die Stimme des sozialistischen Gedankens sich zu regen beginnt und der Kampf gegen den Militarismus von ebendort nur ein historischer, wenig bekannter Begriff ist, so war doch bemerkenswerterweise der Querschnitt der nur in der Betonung verschiedenen Stimmungen nicht gleich mit der Abgrenzung Stadt und Land. Die sich so ergebende Stellungnahme des Breslauer Bezirkes spiegelt sich in den oben wiedergegebenen Resolutionen wieder.

Genosse Wendemuth
zeichne anschaulich und lebendig ein Bild der politischen Situation seit den für uns günstig ausgefallenen Wahlen, betonte dabei aber auch den unerwarteten Erfolg der Kommunisten in diesem Wahlkampf, der mit den Bestrebungen der geschlagenen bürgerlichen Parteien uns festlegen, eine schwierige parlamentarische Situation für die SPD. schuf. Schwierig insofern, als das Wahlergebnis uns naturgemäß die Initiative der Regierungsbildung auferlegte, andererseits aber nach wie vor, vor allem auf wirtschaftspolitischem Gebiet, eine Einheitsfront der bürgerlichen Parteien uns gegenübersteht. Das Bemühen, der zu bildenden Regierung Bindungen aufzuerlegen, d. h. unseren Einfluß in bestimmtem Ausmaße vorher festzulegen, gelang eben wegen dieses Widerstandes nicht und es wurde das Kabinett der „Persönlichkeiten“ gebildet. Dieses Kabinett und sein Name ist ein Verlegenheitsprodukt, eine Reklamation, denn in dem deutschen politischen System gibt es keine Regierungsbildung ohne Bindungen an die Fraktionen und zwischen den Fraktionen. (Sehr richtig.) In Wirklichkeit ist dieses Kabinett die große Koalition, die, wenn das Kabinett sich halten sollte, im Herbst auch offiziell gebildet werden muß und im Gefolge den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung haben wird. Unsere Aufgabe in einem derartigen Kabinett müßte natürlich sein, den Systemwechsel sichtbar zu machen.

gegen die bürgerliche und die kommunistische Front den Einfluß sozialistischer Politik durchzusetzen. Diese Aufgabe zu erfüllen, ist uns bisher nicht gelungen. Mag auch der Verfassungstag unseren Genossen in den Betrieben nicht so sehr am Herzen liegen, da sie ja über die Republik hinaus unter roten Fahnen für den Sozialismus kämpfen, so bedeutet doch seine Ablehnung ebensowenig einen Erfolg wie die zu geringe, wenn auch im Prinzip wichtige Lohnsteuerverkung. Beides gelte ebenso wie die schwer erkaufte Amnestie, die außerordentlichen Schwierigkeiten in dieser Regierungskombination.

Mitten in die erhebenden Stunden internationaler Versbrüderung und kämpferischer Stellungnahme des Brüsseler internationalen Sozialistenkongresses platze dann wie eine Bombe

der Panzerkreuzerbeschuß. Wir hatten in Brüssel unter uns die Frage aufgeworfen, was tatsächlich zu tun wäre, wenn unsere Genossen in der Regierung in dieser Frage überstimmt wurden, und ich persönlich stand auf dem Standpunkt, daß auch dann die Frage zum Austrag kommen müßte. Doch sie wurden nicht überstimmt, sie stimmten mit. Der Einspruch des Reichsrates, der den Panzerkreuzer zum zweitenmal nur, um den Etat für das beginnende Staatjahr nicht zu verzögern, nicht formell ablehnte, kann durch unglückliche Auslegungsversuche (lebhafte Beifall) nicht in seinem Sinne geändert werden. Der Sinn besage, daß der Panzerkreuzerbau verhindert werden sollte. Die Möglichkeit der Ablehnung war ja praktisch auch vorhanden, denn es steht fest, daß die Demokraten, wahrscheinlich auch das Zentrum, mit uns gestimmt hätte. Die parteigenösslichen Minister haben demnach die Ablehnung verhindert. (Zurufe.)

Die finanzielle Begründung
für einen ablehnenden Beschuß war gegeben, denn es handelt sich doch in Wirklichkeit nicht um 9 Millionen, sondern um die Kosten des gesamten Baues, vielleicht, wenn das Alphabet ganz ausgeführt werden soll, um eine halbe Milliarde Mark! Das war, das ist nicht tragbar, wenn man die finanzielle Lage Deutschlands berücksichtigt, wenn man bedenkt, daß wir in das erste Jahr der vollen Reparationsleistungen gehen.

damit dem möglichen Aufhören unseres direkten politischen Einflusses. Der Redner hält dieses Argument für nicht stichhaltig, da wir das

Vertrauen zu uns
und der Arbeiterklasse haben müssen, auch dem entgegenzusetzen und uns durch Redensarten über mögliche falsche Gefahren nicht in unserer Entschlußfreiheit nicht beengen lassen dürfen. Manche Genossen unterliegen allzuleicht der Gefahr der politischen Rhetorik, überschätzen daher die Möglichkeit der Koalitionsbildung im gegenwärtigen Augenblick und übersehen, daß wir in einer Epoche verächtlicher Klassenverhältnisse stehen. Auch die Möglichkeiten der Verwaltungsreform sollen nicht überschätzt werden; die Macht der Verwaltungsbürokratie ist immer noch überwiegend und die Bestimmung im Staate erreichen wir nur, wenn wir mit Energie in und mit der Masse um große Erfolge und Verbreiterung unserer politischen Basis kämpfen. (Beifall.) Hüten wir uns vor der Ueberbewertung der Koalitionszugehörigkeit.

Wir können den Beschuß der parteigenösslichen Minister nicht anerkennen, auch wenn wir ihnen den guten Glauben, im Sinne der Partei zu handeln, nicht absprecken. (Zurufe.) Die Minister wurden zur Ordnung gerufen und die Partei ist damit von ihrem Beschuß abgedrückt. Besser wäre es gewesen, sie abzuberufen und damit noch deutlicher die entgegengesetzte Stellung der Partei zu dokumentieren. Aber auch hier gäbe es Gründe dagegen (lebhafte Zurufe), da man sozialpolitische Beliefs in unserem Sinne durchzusetzen hofft. Ich allerdings stehe dem skeptisch gegenüber. Früher oder später muß bei der derzeitigen politischen Situation der Bruch doch kommen, denn die nächste Rate kann nicht bewilligt werden. Wir werden den Ministern jetzt Gelegenheit geben, durch andere Maßnahmen einen Ausschluß zu schaffen, dürfen uns aber keinen Illusionen über die Erfolgsmöglichkeiten hingeben.

Wir stehen in einer neuen Kampfepoche.
in der das alleinige Heil nicht mehr in der Koalition gesucht werden kann. Möglich, daß einmal wieder andere Zeiten kommen. Jetzt heißt es, den Klassenkampf mit Energie zu führen und national wie international die Vorbedingungen eines solchen Kampfes zu schaffen, unbeschadet traditioneller Bindungen und Gewohnheiten. Die Vorgänge in den bürgerlichen Parteien beweisen die Aktualität des Klassenkampfes, bei dem naturgemäß auch der Kampf um die Durchbrechung des Walls, mit dem die kommunistische Partei Klassenverhältnisse von uns abschließt, nicht vergessen werden darf. Dann aber ist auch notwendig, daß wir auf dem nächsten Parteitage zu einer

programmatischen Festlegung unserer Wehrpolitik
kommen, die ausführlicher ist, wie die Formulierung des Heidelberger Programms. Nicht militärtechnische Gründe, wie etwa die militärische Unzulänglichkeit des Kreuzers A, sondern der Grundsatz der Abrüstung muß für uns maßgebend sein. (Starker Beifall.)

Während des Referates waren verschiedene Resolutionen eingekauft. Genosse Stoppe-Breslau forderte den Ausschluß der Minister aus der Partei, Genossin Zils-Eckstein-Breslau die unbedingte Verweigerung aller weiteren Beratungen des Kreuzers durch Minister und Fraktion und Genosse Krumm-Breslau Einberufung des Parteitages sowie Zurückziehung der Minister. Der Antrag Zils wurde, nachdem dieselbe Forderung in die von der Konferenz angenommene und oben wiedergegebene Resolution aufgenommen wurde, zurückgezogen. Vor der nunmehr folgenden

Debatte
verlas Genosse Macha aus einem Schreiben des Genossen Löbe, dessen Stellungnahme zur politischen Situation, die im Wesentlichen unter dem Gesichtspunkt steht, die politische Macht nicht ohne weiteres aus den Händen zu geben, aber eine Klarstellung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament zur Kreuzerfrage bei der Abstimmung der nächsten Rate herbeizuführen.
Alsdann spricht Genosse Krumm-Breslau: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, könne in dieser Frage nicht die Parole innerhalb der Partei sein, da nicht wir, sondern die Volkspartei ihre Forderungen in der Koalition verwirklichte. Die Minister sollen nicht ausgeschlossen, aber zurückgezogen werden. Doch sei die Ausschlußforderung verständlich in dem Moment, in dem sich die Minister zu Eingängern in der Partei entwickeln. Besonders müßte das Verlangen des „Vorwärts“ und seiner Argumentation bemerkt werden. Ein Parteitag ist notwendig. Die Minister können solange nicht als bevollmächtigt gelten, als sie noch Mandatäre der Partei in der Regierung sind. Leidenschaftlich wendet sich Genossin Zils-Eckstein-Breslau gegen die Bewilligung der Beratungen, die dem überzeugten Funktionär ungenügende Hindernisse in den Weg legt. Die Empörung der Parteigenossenschaft geht über alle Richtungen hinweg und sei umfomehr berechtigt, als der § 32 der Geschäftsordnung des Reichstages diesen Beschuß in die Hand des Finanzministers und Kanzlers legte. Dreißig Jahre wurde die Koalitionsfrage nun disturiert und immer hat sich nur der Sag Rosa Luxemburgs erwiesen, daß „der Einjahrlöhne müße“. Dieser Einjahrlöhne lohnte nicht, denn in diesem Kabinett hat Groener die Führung. Die Zurückziehung der Minister ist nach wie vor erforderlich. Genosse Stoppe: Dreißigjährige Mitgliedschaft in der Partei ist keine Entschuldigung für die Minister, im Gegenteil. Er begründet seinen Antrag auf Ausschluß aus der Partei. Reusen-Militär wendet sich gegen die festigen Kritiken und vertritt den Standpunkt, daß man auf jeden Fall in der Regierung verbleiben solle. Genosse Schramm bekräftigt das Referat Wendemuths, findet aber die Konsequenz nicht genügend in der Resolution festgelegt. Genosse Wölkel-Reichenbach macht die Mitteilung, daß in seinem Bezirk trotz dieser schweren Belastung ein erfreuliches Ergebnis der Bewegung, sogar in den letzten Tagen, zu verzeichnen ist. Er wendet sich gegen das Telegramm des Reichstanzlers an Hindenburg anlässlich der Geburt seines Enkels. In der Regierung müsse man derzeit bleiben. Genosse Nagel-Brieg unterbreicht, daß auch auf dem flachen Lande der Panzerkreuzerbeschuß große Erregung hervorgerufen habe und meint, es sei besser, eine Regierungs- wie eine Parteifrage hervorzurufen. Die Minister müssen zurücktreten. Genosse Warshawski-Breslau kritisiert, daß bei der Regierungsbildung unsere Forderungen nicht nachdrücklich genug vertreten wurden. Es wird noch manches kommen, wo wir um Stellungnahme nicht herumkommen, beispielsweise das Reichsjudengesetz. Genosse Deutsch-Dels findet, man solle nicht einen Fehler durch weitere verschlimmern, daher nicht den Rücktritt der fähigsten Männer der Partei fördern. Ein Parteitag wird uns nichts nützen, aber die zweite Rate muß abgelehnt werden. Weiter kritisiert er die Haltung des „Vorwärts“ wie der „Volkswacht“. Genosse Kramsch-Breslau unterbreicht: den politischen Charakter der Frage und fordert Bindungen für die kommenden Räten wie Rücktritt der Minister, denn Resolutionen genügen hier nicht mehr. Die politische Konsequenz eines Fehlers muß gezogen werden. Die Genossen in der Regierung werden sonst zu Gefangenen der Bourgeoisie. Bedauerlich sei der mangelnde Kontakt mancher führenden Genossen mit der Parteigenossenschaft. Die Frage der Wahlkreisverkleinerung sei unter diesem Gesichtspunkt nicht mehr von der Hand zu weisen. Genosse Macha spricht über die Stimmung im Lande und wendet sich gegen den Ausschlußantrag. Genosse Winger-Breslau tritt für Einberufung des Parteitages und gegen die Bewilligung weiterer Räten ein. Auch der Kampf gegen die Kommunisten sei in dieser Frage notwendig, denn sie haben kein moralisches Recht, über Rüstungsfragen zu intern. Durch einen Schlußantrag wird die Debatte beendet und nach einem



Schlusssatz des Genossen Wendemuth die Abstimmung der Resolutionen mit dem schon mitgetheilten Ergebnisse vorgenommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Wache über organisatorische Fragen, wobei er auf die am kommenden Sonntag stattfindende Konferenz der Bildungsausschüsse des Bezirks in Breslau, den für die Tage vom 11. bis 13. Oktober vorgesehenen Frauen-Schulungskursus, die Konferenz der Arbeiter-Wohlfahrtsauschüsse am 13. Oktober und die kommunalpolitische Konferenz des Bezirks am 14. Oktober hinwies, die sämtlich das rege Interesse der Parteigenossen in Anspruch nehmen dürften. In der Konferenz der Bildungsausschüsse spricht Genosse A. Stein-Berlin, in der kommunalpolitischen Konferenz, wie in der Arbeiter-Wohlfahrtsauschüsse die Genossin Luise Schröder-Altona. Außerdem müssen sich die Ortsvereine auf die Werbewoche, die im ganzen Reich am 21. Oktober beginnen soll, und auf die fünfjährige Wiederkehr des Tages der Inkraftsetzung des Sozialengesetzes vorbereiten, dessen gemeinsam mit den uns nächstehenden Arbeiterorganisationen gedacht werden soll. Nach einigen weiteren organisatorischen Mitteilungen wurde die Konferenz geschlossen.

### Gegen den Panzerkreuzer

Ramslau fordert Parteitag

In einer Parteiverammlung des Ortsvereins Ramslau am Sonntag, wurde zur Panzerkreuzer-Frage Stellung genommen und nach längerer eingehender Aussprache folgende Entschlüsse, die an den Bezirksvorstand weitergeleitet wird, einstimmig angenommen:

Die heutige Parteiverammlung der Ortsgruppe Bernstadt spricht den Ministern, die dem Bau des Panzerkreuzers, ohne den Parteivorstand zu hören, zugestimmt haben, die größte Mißbilligung aus und schlägt sich den von anderen Ortsgruppen geleiteten Beisetzungen über die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages an.

### Achtung, Arbeitssuchende!

Arbeit nach Ottmachau wird nur durch die zuständigen Arbeitsämter vermittelt

Wie das Arbeitsamt Graulau mitteilt, erscheinen bei dem Staudendamm in Ottmachau täglich Arbeitssuchende aus den verschiedenen Kreisen Schlesiens, um sich um Arbeit bei dem Staudendamm in Ottmachau zu bemühen. Diese Arbeitssuchenden müssen aber regelmäßig wieder weggeschickt werden, da die Vermittlung nur durch die zuständigen Arbeitsnachweise erfolgen kann. Die Arbeitssuchenden werden deshalb in ihrem eigenen Interesse gebeten, damit sie nicht von der hiesigen Unternehmung noch durch eine unnütze Fahrt Reisekosten verbrauchen, sich vorher mit dem zuständigen Arbeitsnachweis in Verbindung zu setzen.

Deutsch-Markwitz, Kr. Ramslau. Grauenhafter Tod eines Kindes. In einem unbewachten Augenblick häuterte das Kind des Arbeiterfamilie Czellnik mit einer Petroleumflasche, wobei sich der Inhalt der Flasche über die Kleider des Kindes ergoß. Als es dann zur Schule gehen und vorher die Kleider trocknen wollte, entzündete die Kleine ein Streichholz. Das Kleid fing Feuer; trotzdem die Mutter bald darauf zu Hilfe eilte, hatte das Kind so schwere Brandwunden erlitten, daß es nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus in Ramslau verstarb.

Hannau. Ziegenzüchter-Tagung. Zu der Ziegenzüchter-Tagung, die von dem Provinzialverbandsvorsitzenden E. Jahn-Waldenburg geleitet wurde, waren die Vertreter des Magistrats und anderer Behörden, sowie Vertreter von etwa dreißig Kreisverbänden erschienen. Zur Erledigung gelangten verschiedene Verbandsangelegenheiten. Landwirtschaftsrat E. Jahn-Breslau berichtete über die Reichsverbandstagung in Wiesbaden. Die Reichsverbandstagung im Jahre 1930 findet in Schloffen statt, und zwar voraussichtlich in Strickberg. Die Versammlung sah Johann einen Film über schlesische Schafzucht. Am Sonntag, vormittags 8 Uhr, wurde im gleichen Lokal eine von 88 ausgezeichnete Zucht zeigenden Ziegen besichtigte allgemeine Ziegenbau eröffnet, die vom Ziegenzüchterverband des Kreises Goldberg-Hannau veranstaltet war. Auf ihr waren auch Zuchtböcke des Verbandes zur Schau gestellt.

Schlesien. Freispruch in einem Meincidsprozeß. Frau Gertrud A. hatte eine eideschwurliche Versicherung abgegeben, daß ein Grammophon ihr Eigentum sei, obgleich sie es unter Eigentumsvorbehalt gekauft und einen Restbetrag von 17 Rmf. noch nicht bezahlt hatte. Das Grammophon sollte für eine Schuld ihres Mannes gepfändet werden. Die Pfändung mußte auf diese Erklärung hin aufgehoben werden. Die Angeklagte behauptete, die Schuld des Restbetrages angegeben zu haben; aber trotz dieser Schuld das Grammophon mit Rücksicht auf den im Verhältnis zu dem Gelampreis geringen noch ausstehenden Betrag als ihr Eigentum angesehen zu haben. Sie wurde freigesprochen und das Urteil damit begründet, daß sie zwar objektiv eine falsche eideschwurliche Versicherung abgegeben habe, denn das Grammophon war unter Eigentumsvorbehalt verkauft worden und daher noch Eigentum der liefernden Firma. Es ließ sich aber nicht widerlegen, daß die Angeklagte den noch ausstehenden Restbetrag angegeben habe und daß sie mit dieser Angabe das Grammophon als ihr Eigentum anzusehen sich für berechtigt gehalten habe, so daß sie aus juristischen Gründen freigesprochen war.

Breitenfeld bei Graulau. Eine weiße Schwalbe. Hier brütete ein Schwalbennest ein junges aus, unter denen sich eine völlig weiße Schwalbe befand.

Hatowischuh, Kreis Gurtentag. Ein Kind in der Küche verunglückt. Während die Eltern dem Verdienst nachgingen, blieben hier drei Kinder im Alter von einseinhalb bis acht Jahren sich selbst überlassen zu Hause. Die älteren Kinder entsetzten sich zeitweilig aus der Küche und das Jüngste kam unterdessen dem Ofen zu nahe. Im Augenblick das Kind in Dammern und konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Uttom (Lehener-Schlesien). Vom Schlachtfeld der Arbeit. In einer Fabrik drang ein Arbeiter ein schweres glühendes Eisenstück in den Unterleib. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus geschafft, verstarb aber unterwegs unter qualvollen Schmerzen.

### Aus der Umgebung

Pastowik, Erntekranz. Wie alljährlich, so auch diesmal, vereinte das Ende der Ernte das Volk vom Lande. Nach einem Antrag, bei welcher Gelegenheit Erntekränze gegen „bar“ abgelehrt werden, blieben die Teilnehmer noch reichlich lange bei frohem Tanz sitzen. — Kritisches dazu: Es sei dem Berichterstatter, selbst auf die Gefahr hin, daß er sich den Zorn der Betroffenen zuzieht, erlaubt, tägliche Kritik als „Gedanken beim Erntefest“ zu üben. Aus welchem Grunde marschiert dem sonst jamaikalisch recht schönen Zuge ausgerechnet ein Clown voraus? Niemand vermochte eine Erklärung zu geben. — Weiter: Was jeder Veranstaltung unbedingt die unannehmliche traditionelle Keilerei folgen? Was andere tun oder sagen, darf uns nicht zu solchen widerlichen Handlungen hinarbeiten. Wieviel falsche Schüsse aber werden daraus gezogen und wie oft leiden gerade Leute, die zu uns stehen, nutzlos darunter. Im übrigen, wenn sich das Landproletariat von der „Herren“ bei Ueberbringung des Erntekranzes das Scherlein hält, verzeihe es nicht, daß es seine Arbeit noch immer nicht so bezahlt erhält, wie es sein müßte, und daß auch noch diese andere Dinge der Verschwendung harren, die sich alle durch einmalige, großzügige Geschenke nicht abgeben lassen. Organisiert euch und kämpft!

### Landkreis Breslau

Groß-Mosbarn. Antwort auf einen Bericht. Genosse August Klose, Gemeindevorsteher von Groß-Mosbarn, erwidert uns von Aufnahme folgender Erwiderung auf die in dem Bericht der letzten Mitgliederversammlung gegebene Darstellung der Vorgänge bei der Beratung der Spielplatzangelegenheit in der Gemeindevertretung. In der fraglichen Sitzung schlug ich vor, daß zur Finanzierung des sehr teuren Sportplatzes die benötigten Vereine von den Eintrittsgeldern der Zuschauer 50 Prozent an die Gemeinde abgeben sollen, da diese ihnen doch die Kosten der Beschaffung und Unterhaltung des Platzes abgenommen hat und sie außerdem noch die Pacht für den eigenen Platz mit circa 150 Mark im Jahre sparen. Dieser Vorschlag wird vom Ortsgruppenführer der Partei, der Vorsitzender des Turnvereins ist, und noch zwei anderen Genossen bekämpft. Da aber der Platz circa 3000 Mark im Jahre an Zinsen und Pacht kostet und dieser Betrag auch von den Aufsichtsstellen als zu hoch angesehen wird, habe ich die Frage aufgeworfen, in welcher Form es die Gemeindevorsteher den Steuerzahlern gegenüber verantworten können, wenn sie eine derartig hohe Summe einem einzigen Vereine zuwenden, ohne den Versuch zu machen, wenigstens teilweise die Kosten wieder hereinzuholen. Bei diesen Auseinandersetzungen stand Genosse Klose auf und erklärte, die Parteien müßten sich erst einmal untereinander besprechen, die Sitzung solle unterbrochen werden. Ich erklärte, daß die Unterbrechung nur mit Zustimmung der Vertretung möglich sei und ließ über den Antrag abstimmen. Da nur drei Vertreter dafür stimmten, wurde nicht vertagt. Ich habe lediglich für den gesetzlichen Verlauf der Sitzung Sorge getragen.

### Neu-Breslau

Gegen den Panzerkreuzer

Parteierversammlung in Tschanz

Nach Vorlesen des Protokolls und dessen Genehmigung gab in der Versammlung vom 21. August der erste Kassierer den Kassenericht vom zweiten Quartal, worauf ihm von der Versammlung Entlastung erteilt wurde. Danach erhielt Genosse S. B. das Wort zu seinem Referat: „Unsere Politik seit dem 20. August 1928“ und kritisierte scharf das Verhalten unserer Genossen in der Regierung bei dem Beschluß zum Bau des Panzerkreuzers. In der Diskussion unterrichteten sämtliche Redner die Ausführungen des Genossen Hübig und folgende Entschließung wurde angenommen:

Die Mitgliederversammlung vom 21. August 1928 der Ortsgruppe Tschanz der SPD. erhebt nach einem Referat des Genossen Hübig energischen Protest gegen die Erledigung der Panzerkreuzer-Frage durch Parteiausläufer und Reichstagsfraktion. Sie fordert die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages mit dem Ziel, Forderung in der Führung der Partei.

Genosse R. Scholz gab anschließend Bericht über die Sitzung der Wohlfahrtskommission vom 21. August. Auch zur Gründung einer Jugendgruppe wurde Stellung genommen und beschlossen, in kürzester Zeit eine Werbestelle zu veranlassen. Genosse Rektor P. sprach hierauf über Zweck und Ziele der weltlichen Schule. Es wurde weiter beschlossen eine öffentliche Versammlung am 5. September 1928 bei Gastwirt Peter im Interesse der weltlichen Schule abzuhalten, wozu alle Eltern freundlich eingeladen sind.

Breslau-Ventisch. Schwarz-weiß-rotes Briefpapier benutzt der hiesige „Deutsche Turner-Bund“, offenbar in dem Vertrauen, nicht mit den III. Reiten verwechselt zu werden. Doch diese Gefahr ist, trotzdem republikanische Beamte an der Spitze des Vereins stehen, wahrlich nicht gering. Jeder weiß, daß der Deutsche Turner-Bund monarchistisch bis in die Knochen ist.

Breslau-Mesenthal. Besinnungslos aufgefunden. Zwischen Mesenthal und Wittenberg wurde ein Mann besinnungslos neben seinem Fahrrad liegend aufgefunden, der vermutlich geküßt ist und dabei eine Gehirnerkrankung erlitten hatte. Der Verunglückte, der als der Tischler Alfred Stolz aus Breslau ermittelt wurde, ist im Breslauer Mherheiligen-Hospital gestorben, ohne nochmals das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

### Kreis Neumarkt

Festnahme der Posträuber

Die Breslauer Kriminalpolizei ist einer Einbrecherbande auf die Spur gekommen, die dringend im Verdacht steht, die Einträge in die Postagenturen in Leuthen, Jedlitz, Kreis Trebnitz, Rogan, Jünnowitz und Groß-Peterwitz ausgeführt zu haben, bei denen Bargeld und Wertmarken verschiedener Art gestohlen wurden. Als vor einigen Tagen ein Mann bei einem hiesigen Postamt Steuermarken zum Verkauf anbot, die er von einem Freund gekauft, nach einer späteren Aussage aber gefunden gelehrt worden war, auf die Spur eines seit längerer Zeit gesuchten Schloßers G., der sich unangemeldet in Breslau aufhält. Die Polizei, die nun ermittelte, daß er bei einer Familie in der Köhlerer Straße unterkommen gefunden hatte, drang am Freitag in die betreffende Wohnung ein, wo Schneidewerkzeuge eines Sauerstoffblases, ein Gewehr Modell 98 und mehrere Mengen Postmarken gefunden wurden. Das Ehepaar wurde festgenommen, da es sich durch die Aufbewahrung dieser Güter wahrscheinlich der Diebstahl schuldig gemacht hat. G. war nicht anwesend und stellte sich in einer Schrebergartenlaube auf, die ebenfalls sofort durchsucht wurde, wo die Polizei weitere Einbrecherwerkzeuge fand. Da auch hier der Gesuchte nicht gefaßt werden konnte, wurde das Haus in der Köhlerer Straße von Kriminalbeamten besetzt. Am Sonntagabend vormittags kam G. mit einem Korb über den Westendplatz, wo ihn ein Komplize erwartete. Die Kriminalbeamten erkannten ihn und drangen mit gezogenen Waffen auf ihn ein, ehe der Mann seinerseits von seinen Waffen Gebrauch machen konnte, die er bei sich hatte. Eine 7,6 Millimeter Pistole mit 10 Schuß und eine 6,3 Millimeter Pistole mit 6 Schuß wurden in seinen Taschen gefunden und beschlagnahmt. Auch der Komplize, der bereits ein Geständnis abgelegt hat, wurde festgenommen.

Krause. Speck brennt. In der Schlächtereifolge der Geschwister Hillmann brach in der Räucherstammer Feuer aus, dem der Sp. von zwei geschlachteten Schweinen zum Opfer fiel.

### SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Schicksal des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

### Erweiterter Parteivorstand Breslau-Land-Neumarkt

Zu der erweiterten Vorstandssitzung am Freitag, 31. August, abends 6 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses, fanden wir hiermit noch einmal ein. Es darf keine Ortsgruppe fehlen. Im Behinderungsfalle ist bestimmt ein Vertreter zu senden. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Der Unterbezirksvorstand.

Schottkau, Donnerstag, den 30. August, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal unsere jährliche Mitgliederversammlung statt. Als Referent wird Genosse Schiffer erscheinen.

Camallen. Wir laden hiermit alle Parteigenossen und Genossen zu unserer wichtigen Mitgliederversammlung am Sonntag, den 1. September, abends 8 Uhr, im Rasthaus Hüter, ein. Als Referent hat Genosse Schiffer zugezogen.

Steine und Umgebung. Unsere Ortsgruppe nimmt am Sonntag an der Zahnweiche in Jeltsch teil. Wir treffen uns deshalb um 11½ Uhr bei Grocholl. Es spricht in Jeltsch der Genosse Madge. Kein Parteimitglied darf fehlen.

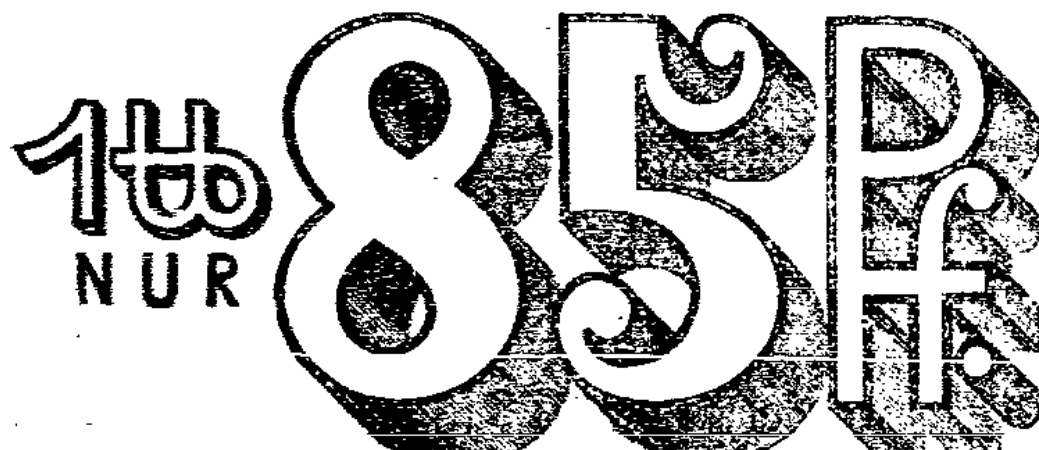
Advertisement for a hat shop. It features a drawing of a man in a top hat. The text reads: 'Tragen Sie Qualitäts-Hüte von Schönfeld & Co. größtes Spezialhaus - Schlesiens für Herrenhüte Mützen von einfachst. bis zum allerfeinsten Genre. Hauptgeschäft: Schmiedehütte 11/13. Filialen: „Hut-Palast“ Obilauer Straße 29, Neue Schmiedehütte Straße 17, nach Leipzig 2, Kessler, Granzstraße 12, u. s. w. in Bonn, Behrstraße 45.'

### MARGARINE



### Dienst am Haushalt

Die neue Marke der Vereinigten Rama-Werke



Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen



## Afrika, das Land der Diamanten

### Südafrika der Juwelenlieferant der ganzen Welt

Die Hebung des belgischen Dampfers „Eliabethville“, der während des Krieges in der Nähe der französischen Insel Belle in der Atlantischen Ozean versenkt wurde, hat überall beträchtliche Aufregung erregt. Hatte dieses Schiff doch eine kostbare Ladung Juwelen an Bord, vor allen Dingen Diamanten, die dem Gebiet des Kongo stammten. Der Kongo ist ein Nebenfluß des Kongo; er entspringt in der portugiesischen Provinz Angola und durchfließt den belgischen Kongostaat. Dort in den letzten Jahren, mitten im Herzen Afrikas, ein neues Diamantengebiet entstanden, und wo vor wenigen Jahrzehnten nur Wälder und Tierherden und Eingeborenenbevölkerung waren, erheben sich heute große Gebäude, die der technischen Volkentwicklung errichtet worden sind. Aus dem Gebiet sind früher in der Hauptstadt von der Jagd nach Diamanten Arbeiter geworden, und auch eine Anzahl von Weißen sind angelockert, unter denen das italienische Element eine wichtige Rolle spielt. Dieses Land steht am Anfang einer Entwicklung, deren Endpunkt noch gar nicht abzusehen ist, und es hat das Recht als ein „Zukunftsländchen“ bezeichnet werden; hat das Katanga-Gebiet im südlichen Teil von Belgisch-Kongo, das durch seine Kupferminen berühmt geworden ist, schon gezeigt, was das Herz Afrikas der Erschließung harren.

Afrika ist in den letzten Jahrzehnten aus seinem jahrhundertlangem Schlummer erwacht; dazu hat nicht zuletzt der Reichtum an Edelsteinen beigetragen, die in allen Teilen der Erde gefunden werden. Das Kongo-Gebiet ist erst vor wenigen Jahren als Diamantland bekannt geworden. Wichtiger noch heute Südafrika, der Juwelenlieferant der ganzen Welt. In den letzten 60 Jahren wurden die holländischen Buren von den Engländern, die sich im Kapland festgesetzt hatten, nach Transvaal gedrängt. Im Jahre 1867 leitete nun ein glücklicher Zufall eine neue Epoche dieses Landes ein. In jenem Jahr wurde nämlich ein „Diamantenjäger“ an die Ufer des Vaal-Flusses verschlagen, wo er sich in ein Bureau-Mädchen verliebte, das er eines Tages mit einer kleinen Steinpilgung fand. Die Steinpilgung glitzerte in der Sonne, und der Diamantenjäger, der sofort unterzucht, erkannte ihn als einen wertvollen Edelstein; der erste Diamant in Südafrika war gefunden. Zwei Jahre darauf verkaufte ein Eingeborener für einige tausend

Mark einen prächtigen Edelstein von 83 Karat, der später als „Stern des Südens“ bekannt wurde. Nun begann ein Sturm auf das reiche Land und Abenteuer aller Nationen wollten durch Juwelenfunde reiche Leute werden. Mitten in der Steppe entdeckte damals, im Jahre 1871, der Det Kimberley, und bald dehnte sich das Diamantengebiet aus, aus dem von 1837 bis 1901 zehn Tonnen Juwelen exportiert wurden, die einen Wert von zwei Milliarden Mark darstellten. Der große britische Eroberer Cecil Rhodes brachte das Diamantengebiet unter englische Herrschaft und schuf die Südafrikanische Union, eine der Säulen des britischen Imperiums. Mit Recht hat er von seinen Landesleuten den Beinamen „Napoleon des Südens“ erhalten. Im Jahre 1926 wurden 218.000 Karat Diamanten gefunden, erheblich mehr als in den drei vorhergehenden Jahren. Der Diamantenexport brachte im Jahre 1927 über 200 Millionen Mark ein. Aber die Diamantenlande dehnen sich über immer größere Gebiete Afrikas aus, und von der Südspitze an sind die Diamantenfelder immer weiter nach Norden gezogen. Im Jahre 1908 entdeckten die Deutschen in der verloren gegangenen Kolonie Südwestafrika große Diamantenfelder, die nach dem Krieg in den Besitz der Südafrikanischen Union übergegangen sind. Das wichtigste Fundgebiet erstreckt sich über einen Landstreifen von 200 Kilometer Länge und 20 Kilometer Breite, der parallel der Küste liegt; ein wichtiger Ausgangspunkt für die Diamantenjäger ist der Hafen von Lüderitzbucht. Die dort gefundenen Steine sind verhältnismäßig klein, aber von sehr guter Qualität. Jährlich werden nicht ganz 500.000 Karat gefunden. Nach später haben dann die Belgier in ihrer Kolonie Edelsteinlager entdeckt, und zwar wurden die ersten Juwelen im Kongo gefunden. Dort sind noch immer die wichtigsten Diamantenfelder. Die Diamantenproduktion hat sich in den letzten Jahren ganz außerordentlich gehoben; während noch 1921 nur 158.000 Karat exportiert wurden, waren es 1923 schon 115.000 Karat, und das Kongo-Gebiet steht heute als Fundort von Edelsteinen an zweiter Stelle in der Welt. Die harten Rohentwürfe, deren Preis durch die großen Funde wahrscheinlich weiter sinken wird, werden Afrika dennoch zu wachsender Bedeutung verhelfen.

## Pilgerfahrt in den Tod

2500 Mekka-Pilger umgekommen

Nach Meldungen aus Betavia sind von 25.000 Pilgern, die aus Hollandisch-Indien nach Mekka gezogen waren, ungefähr 2500 infolge von Krankheiten und Erschöpfung teils in Mekka, teils an Bord des Schiffes gestorben.

## Die Gefahr auf der Eisenbahn

Die Lokomotive des D-Zuges 179 Lindau-München entgleiste heute vormittag bei Kilometer 72 zwischen Hilpoldsdorf und Günzach mit der vorderen Laufachse. Zwei Reisende, welche die Fahrt fortsetzen konnten, sind geringfügig verletzt worden.

Am Montag nachmittag stieß ein von Manchester kommender Zug auf dem Londoner Guston-Bahnhof mit großer Wucht auf die hydraulischen Puffer auf. Dabei wurde der erste und der zweite Wagen des sehr langen Zuges teilweise ineinandergeschoben. Auch der dritte Wagen wurde beträchtlich beschädigt. Dreißig Personen wurden verletzt, davon jedoch nur wenige schwer. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Sonntag abend gegen 11 Uhr fuhr der Perlenzug Leipzig-Nürnberg auf einem Radvorleger, der von einer kleinen Station in der Nähe entwendet worden war, auf. Durch die Umficht des Lokomotivführers wurde jedoch eine Entgleisung des Perlenzuges verhindert. Die Kriminalpolizei hat die Untersuchung über den Anschlag aufgenommen. Von der Reichsbahndirektion wurde eine Belohnung von 1000 Mark auf die Ermittlung der Täter ausgesetzt.

Berliner Blätter melden aus Landsberg o. d. W., daß zwischen den Stationen Tempelhof und Staffelde der Eisenbahnstrecke Landsberg-Saldin mehrere große Steine auf die Schienen gelegt wurden. Die Eisenbahndirektion Oden hat auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung ausgesetzt.

## Flugzeugabstürze

In der Gemarkung Nieder-Jugelsheim schlug ein französisches Flugzeug bei der Notlandung hart auf den Boden und fing Feuer. Der Führer wurde als Leiche unter den Trümmern hervorgezogen. Der Beobachter erlitt Rücken- und Beinbrüche.

Das amerikanische dreimotorige Metallflugzeug, das am Sonnabend morgen fahrplanmäßig von Victoria nach Seattle abfuhr, ist nicht an seinem Bestimmungsort angekommen. Man befürchtet, daß das Flugzeug mit seinen beiden Piloten und vier Reisenden untergegangen ist. An der Küste von Washington sind Walflecken auf dem Wege entdeckt worden, die, wie man annimmt, von dem Delbehälter des Flugzeuges herrühren.

## Feuer in einem kroatischen Bauernheim

Nach Meldungen aus Ugram brach am Montag nachmittag im kroatischen Bauernheim, der früheren Wohnung des verstorbenen Stefan Raditsch, in Ugram, Feuer aus. Das Feuer breitete sich mit großer Schnelligkeit über den ersten Stock aus und griff auf das zweite Stockwerk über. In Ugram herricht große Erregung. Dichte Menschenmassen umlagern das Bauernheim, so daß die Polizei nur mit größter Mühe die Ordnung aufrecht erhalten kann. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Dinar geschätzt, er ist jedoch zum größten Teil durch Versicherung gedeckt.

Wie zu dem Brand im kroatischen Bauernheim in Ugram ergänzend gemeldet wird, sind in Ugram Gerüchte verbreitet, daß das Feuer durch einen Sendling aus Belgrad angelegt worden sei, möglicherweise ist der Brand auch durch die zum Untertan an den verstorbenen Stefan Raditsch noch brennenden Totenflecken entstanden. Wie weiter gemeldet wird, konnte der Brand inzwischen auf seinen Herd beschränkt werden.

## Erdbeben in Algerien

Nach einer Meldung aus Oran wurde ein Teil Algeriens am Sonntag von einem heftigen Erdbeben heimgesucht, dem vier Menschenleben zum Opfer fielen. Mehrere Petroleumquellen sind infolge der Erschütterungen versiegt.

## Bluttag im Bahnhof

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Königsberg wurden in der Nacht zum Sonntag auf dem Reichsbahnhof Tapiau ein Reichsbahnassistent von einem unbekanntem Täter durch einen Revolvererschuss getötet und ein Arbeiter schwer verletzt. Der Bahnassistent wurde nach der Abfahrt des letzten Zuges von Zivilpersonen auf einen verdächtig aussehenden Menschen im Vorraum des Bahnhofs aufmerksam gemacht. Er forderte den Verdächtigen im Beisein eines Bahnhofsarbeiters auf, den Bahnhof zu verlassen oder sich auszuweisen.

## Eine Segeljacht von einem Dampfer gerammt

Die deutsche Segeljacht „Cäcilie“, auf der sich zehn Personen befanden, wurde von dem norwegischen Dampfer „Crana“ unweit der Insel Fehmarn gerammt. Während die Jacht sank, konnten neun Personen, darunter zwei Frauen, gerettet werden. Ein Mann ertrank. Der Dampfer „Crana“ brachte die Geretteten nach Holtkenau bei Kiel.

## Selbstmord durch Dynamit

Auf der englischen Insel Guernsey verübte ein Mann Selbstmord, indem er sich eine Dynamitpatrone in den Mund steckte und die Zündschnur mit einem Streichholz in Brand setzte. Der Selbstmörder wurde von seiner Tochter mit zerstücktem Schädel im Garten aufgefunden.

## Das Auto auf Tabakreifen

Bei der französisch-belgischen Grenzstation Marchienne beobachteten Zollbeamte, wie ein Auto Panne bekam; ein Luftreifen platzte. Die Zollbeamten näherten sich jählich, als die Insassen des Wagens plötzlich die Flucht ergriffen. Das machte die Beamten stutzig. Bei näherer Untersuchung entdeckten sie, daß die Reifen des Kraftwagens statt mit Luft mit Tabak gefüllt waren. Sofort setzten die Beamten den Flüchtigen nach und stellten sie fest.

## „Das Alte stirzt, und —“

### Ein englischer Panzerkreuzer wird versenkt

Der 20.000 Tonnen große Dreadnought „Colossus“ ist am Sonnabend durch Schlepddampfer nach dem Hafen von Rosyth gebracht worden, wo das Schiff zerlegt und verschrotet werden wird. Der Dreadnought nahm an der Schlacht von Jütland teil.

## Mensch oder Kaninchen?

Den Gipfel der Opfermütigkeit erklimmen zweifellos eine Dänin, die sich jetzt in Kopenhagen den japanischen und ausländischen Nerzen als „Versuchskaninchen“ zur Verfügung gestellt hat. Die Frau gehört dem Kopenhagener Tiergarten an und will sich lediglich aus Mitleid mit den Tieren ihrer Opferung entschlossen haben. Sie erklärte, daß Versuche an Menschen bessere Ergebnisse als bei Tieren ergeben würden, und daß der Mensch über die Wirkungen der Experimente aufzuklären. Die Dame will Impfungen, Gifteinjektionen usw. sich vornehmen lassen, selbst wenn solche Manipulationen ihren Lebensführer würden. Sie hat sich jedoch vorbehalten, daß ihr über die Arme noch die Beine abgenommen werden dürfen.

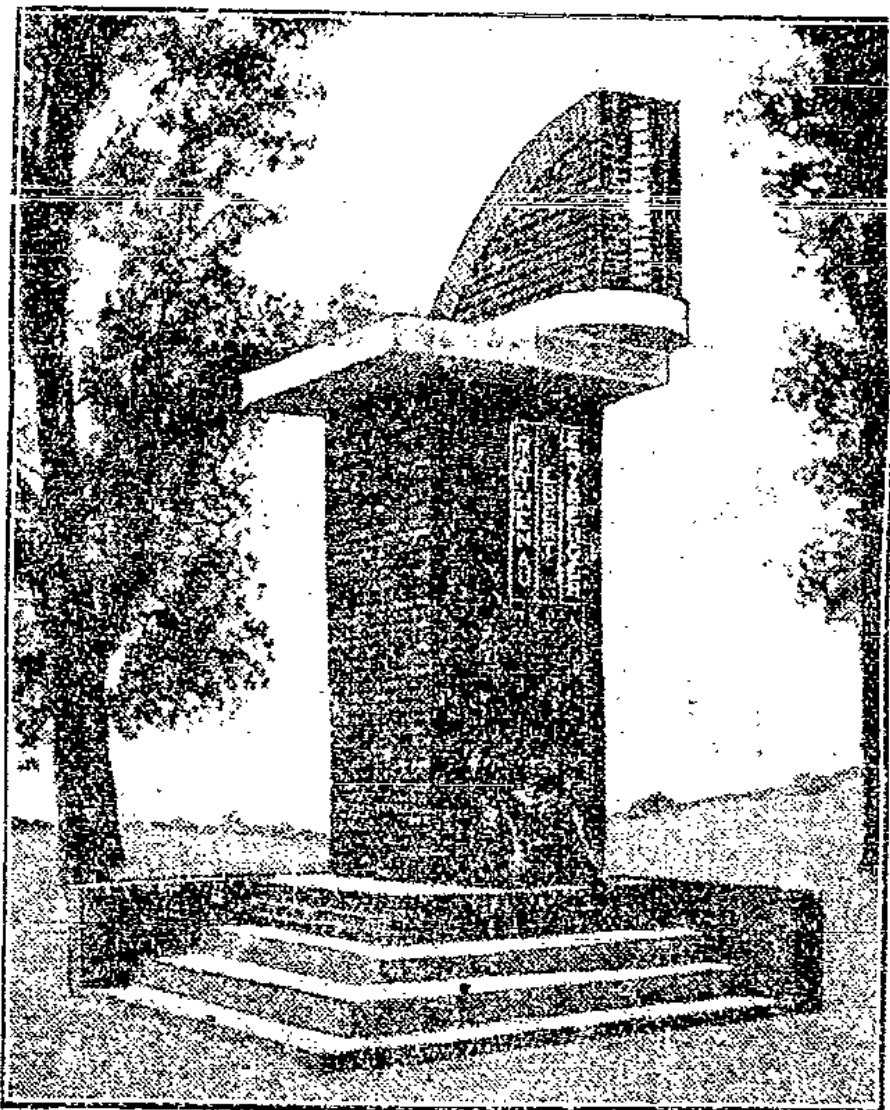
## Der Mann im Frauengefängnis

Eine recht amüsante Geschichte läßt sich das „Journal“ aus Kopenhagen berichten. Vor etwa zehn Tagen wurde dort ein Mann unter der Anschuldigung öffentlichen Vergnügens verurteilt. Der Mann war ein 23-jähriger Burche. Die junge „Frau“, deren Namen Juliette Renondon bekannt, hatte den Beruf des Zimmermädchens in verschiedenen Hotels ausgeübt. Das wurde bis zu seiner Verantwortung vor den Strafrichtern das Gefängnis geschickt. Juliette Renondon wurde natürlich Frauenabteilung überwiesen. Sie hatte ihre Schlafstätte im Schlafsaal der weiblichen Gefangenen. Nach mehreren Tagen Nachts teilte nun eine Gefangene dem Wächter des Schlafsaals mit, daß die Juliette Renondon ein Mann sei. Die Wachen ließen „Juliette“ in Einzelhaft überführen. Die Polizei gegenwärtig bemüht, die Personalien der „Juliette“ festzustellen.

## Der älteste Baum der Welt

Auf dem Friedhof der Stadt Santa Maria de Luel in Südamerika steht eine Zypresse, deren Alter man auf 5000 bis 6000 Jahre schätzt. Dieser ehrwürdige Astor der Pflanzenwelt ist noch und blüht heute noch wie vor fünfzig Jahrhunderten. Er ist unzweifelhaft der älteste lebende Organismus auf Erden. Man weißer Baum sprechen könnte, so hätte er wohl der Welt die interessantesten Geschichten zu erzählen. Er könnte unschätzbare Lehren aus der frühesten Geschichte Mexikos und von Blüte und Verfall der Monarchien im tropischen Amerika liefern. Als Baum etwa im Jahre 3000 v. Chr. aus der Erde hervorgegangen, regierte König Menes in Ägypten. Als Cheops seine Pyramiden von Sclaven mit der Weisheit zur Arbeit an der Pyramide trieb, war der Baum ein Jungling von zwei Jahren. Und als die Juden ihre erste Wanderung aus dem Tal des Nils unternahmen, war er erst 1500 Jahre alt. Man kann den Baum zum letzten Male maß, hatte der Stamm 120 Meter Höhe über dem Boden einen Umfang von 10 Metern. Die Wissenschaftler sind von Alexander von Humboldt überliefert worden, der an dem Stamm eine Gedenktafel anbringen ließ. Das war vor hundert Jahren. Die Tafel ist aber jetzt vollständig von der Rinde überwachsen, ein Beweis, daß der Baum noch in voller Kraft steht.

## Ein Denkmal für Ebert, Rathenau und Erzberger



wurde vom Reichsbanner in Danabrück errichtet und kürzlich enthüllt.

## Die längste Automobilstraße der Welt

Der Pacific Highway, der sich in einer Ausdehnung von 2400 Kilometer von Vancouver in Britisch Kolumbien längs der Küste des Stillen Ozeans bis zur mexikanischen Grenze erstreckt, ist wahrscheinlich die längste Automobilstraße der Welt. Die höchste Automobilstraße befindet sich ebenfalls in den Vereinigten Staaten. Sie läuft über den Pikes Peak in Colorado. Die Automobilisten sind auf dieser Straße in der respektablen Höhe von 4300 Meter.

## Amerikas Millionenstädte

Nach den neuesten Feststellungen des Bevölkerungsbüreau der New Yorker Handelskammer wohnen in Groß-New York zurzeit 6.025.000 Menschen. Nur vier andere amerikanische Städte haben über eine Million Einwohner, und zwar Chicago mit 3.506.000, Philadelphia mit 2.605.000, Detroit mit 1.579.000 und Cleveland mit 1.068.000 Menschen.

## Gefährliche Sekten in Rumänien

Die rumänischen Behörden haben einen Vernichtungsfeldzug gegen eine Reihe „Apostel“ eingeleitet, die gefährliche Sekten ins Land gerufen haben. Am schlimmsten wüteten die sogenannten „Kongregisten“, deren Sekte vor dem Kriege von einem russischen Kongreganz in Bessarabien gegründet worden sein soll. Ein Haupt dieser Sektierer ist in der Ortschaft Budesti in Bessarabien verhaftet worden. Man fand in dem unterirdischen Gewölbe ein Kreuz, die über zwei Monate dort gefastet hatten. Alle waren unbescheiden und trugen an der Brust das Abzeichen ihres „Heiligen Kreuz“, das ihnen in die Haut geschnitten war. Die Wunden waren noch nicht verheilt. Der Führer der Sekte erklärte, daß die Anhänger des Ordens unter der Erde ein

natürliches Leben führten, indem sie allen ihren Begierden und Wünschen freien Lauf ließen. In der Gemeinde Piatra wurde ein Innentempel entdeckt, in dessen Gewölbe man zahlreiche, halbtot gepeinigete Leute und vier Leichen fand. Die geheimnisvolle Sekte hatte in der letzten Zeit zur Werbung neuer Mitglieder eine großartige Propaganda betrieben. Der „Apostel“ der Sekte verurteilte die neuen Mitglieder, von denen zahlreiche verhungert sind, zum „blutigen Kreuz“ und zu wochenlangem Fasten. Die meisten Sektierer wußten völlig erschöpft ins Spital geschafft werden. Man fand unter ihnen sogar windstille Mädchen und Knaben.



# Arbeit und Arbeiterschaft

## Ausperrung der Konfektionsarbeiter

Die Ausperrung der Schneider in der Konfektion ist in Berlin und im Reich nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen aus Breslau, Elberfeld, Stuttgart, Frankfurt a. M., Mainz, Hamburg, München, Götting und Wiesbaden im großen und ganzen durchgeführt. Sie umfaßt alle Arbeiterkategorien des Schneiderberufs, also auch die Zuschneider, Näherinnen usw. Große Zahlen über den Umfang der Ausperrung können im Augenblick noch nicht angegeben werden.

Trotzdem die Arbeitgeber überall dort, wo ihr Verband zergriffen und zersplittert hat, dem Ausperrungsbeschlüsse nachgegeben sind, steht die Arbeitgeberfront nicht fest. Es ist bemerkenswert, daß in verschiedenen Orten und Betrieben den ausgesperrten Gewerkschaftern nahegelegt wurde, sie möchten doch noch eine Reihe von Arbeiten, vor allem halbfertiger Waren, im Laufe der Woche fertigstellen. Die Arbeiter lehnen das ab. Bei den Unternehmern, die ausgesperrt haben, wird keine weitere Arbeit angenommen oder zu Ende geführt. Die Unternehmer, die nicht ausgesperrt haben, werden von den Arbeitnehmerorganisationen nicht angegriffen. Mit den Augenweilern der Arbeitgeber ist an verschiedenen Orten bereits eine Einigung der Lohnfrage erzielt worden. Eine ganze Anzahl Augenweiler hat sich unter schriftlich zur Annahme des Schiedsspruches bereit erklärt. Weitere Verhandlungen zur Einigung mit den Augenweilern sind im Gange.

Damit ist die Behauptung der Arbeitgeber, der Schiedsspruch sei für sie nicht tragbar, widerlegt. Daß der Schiedsspruch sehr wohl tragbar ist, geht auch aus dem merkwürdigen Verhalten eines Teils der Arbeitgeber hervor, die z. B. Zuschneider nach Hause schicken und überaus bereitwillig ihnen die Kündigungszeit bezahlen. Man zahlt und verzichtet auf die Arbeit. Das können sich nur Leute leisten, die Geld haben. Nach außen hin möchten die Herrschaften mit ihrem Benehmen den Anschein erwecken, als ob sie keine Arbeit hätten und froh wären, daß sie ihre Leute los sind. Wer soll ihnen das glauben? Bei einer Kündigungszeit von 14 Tagen machen die umsonst bezahlten Beträge fast genau die Lohnerhöhung aus. Die Arbeitgeber wären, wie man aus diesen Berechnungen erkennen kann, also sehr wohl in der Lage, die Lohnerhöhung zu tragen. Es ist ja auch zu berücksichtigen, daß der Schiedsspruch eine Lohnzulage in zwei Staffeln vorsieht, wovon die erste ab 15. August bis 1. November im Durchschnitt nur etwa 5 Prozent Erhöhung für die Arbeiter bringt. Erst ab 1. November sieht der Schiedsspruch eine etwa 11prozentige Erhöhung der Lohnhöhe vor.

Was bedeuten die 11 Prozent auf den niedrigen Lohnstand in der deutschen Herrenkonfektion? In Berlin und Hamburg werden die gegenwärtigen Stundenlöhne, die nach Tarifverträgen von 80 bis 92 Pfennig gestaffelt sind, eine Erhöhung auf 92 bis 102 Pfennig erfahren. In der Städtegruppe 2, in der sich die großen Industriepflege der deutschen Herrenkonfektion, Südwestdeutschland, Stuttgart, München, Elberfeld, Steinfurth befinden, wird der heutige Lohn von 75 bis 85 auf 85 bis 92 Pfennig erhöht. Für Breslau, Braunschweig, Hamburg, Regensburg, Düsseldorf, Nürnberg usw. werden die jetzigen Löhne, die in der Staffellage zwischen 64 bis 75 Pfennig liegen, auf 72 bis 85 Pfennig, also im Durchschnitt um 9 Pfennig pro Stunde, erhöht. Diese Gegenüberstellung zeigt, daß das Gros der deutschen Konfektionsarbeiter mit der 11prozentigen Lohnzulage ab 1. November Stundenlöhne zwischen 76 und 92 Pfennig erreicht. Ein Lohnausmaß, das im Vergleich zu allen Berufsarbeitern Deutschlands nachweislich das höchste darstellt, und welches noch hinter dem der ungelerneten Arbeiterklasse zurückbleibt.

Ähnlich liegen die Dinge mit der Entlohnung der Zuschneider. Für diese Spezialgruppe würden die Wochenlöhne nach dem Schiedsspruch in Berlin und Hamburg auf 62,50 bis 77 Mark zu liegen kommen. In der Städtegruppe 2 auf 56 bis 68 Mark, in der 3. Städtegruppe auf 52 bis 63 Mark und in der 4. Gruppe auf 47 bis 60 Mark.

Die angestrebte sehr minimaler Lohnhöhe von einer Untragbarkeit für die Industrie gesprochen werden kann, ist für die Arbeiterschaft jedenfalls ein Rätsel, das selbst das Reichsarbeitsministerium zu lösen kaum in der Lage sein dürfte. Die Unternehmer einer Industrie, die lediglich auf Glanzlöhne die Leistungsfähigkeit erhalten wollen, verdienen wirklich nicht das Mitleid der Öffentlichkeit und die Unterstützung der Reichsbehörde. Im übrigen rechtfertigen und ermöglichen die Preise der Herrenkleiderfabrikanten und der Detailhändler sehr wohl die Bezahlung anständiger Löhne an die Arbeiterschaft der Bekleidungsindustrie.

Nicht das wirtschaftliche Unvermögen der Unternehmer, sondern der rücksichtslose Herrenstandpunkt, der sich bereits in zynisch unerträglich Weise am Verhandlungstisch äußerte, ist die Ursache des jetzt entbrannten Kampfes.

### Der Stand in Breslau

Gestern, nachmittags 3 Uhr, hielt der Deutsche Gewerkschaftsarbeiter-Verband eine Sitzung im großen Saal des Gewerkschaftshauses ab. Saal und Galerien waren überfüllt. Kollege Schaefer sprach über das Thema: Ausperrung statt Lohnzulagen. Er gab eine kurze Übersicht über die Vorgeschichte zu Streik und Ausperrung und schilderte, wie sich die Arbeitgeber vor den Reichsstellen als arme Sünder ausgaben, die 11 Prozent Lohnzulage nicht tragen können, während sie von der Arbeiterschaft behaupteten, daß diese im Wohlstand lebe. Mit trefflicher Ironie gibt Redner dann Vergleiche über die angeblich hohen Verdienste der Arbeitnehmer und die Profite der Arbeitgeber. Er stellt weiter fest, daß namentlich viele der Heimarbeiterrinnen, die direkt für die Fabrikannten arbeiten, der städtischen Wohlfahrt zur Last fallen, weil die Verdienste der Armen nicht zum Lebensunterhalte reichen. In den Verhandlungen vor dem Schiedsspruch war das jedesmalige Angebot der Arbeitgeber: Verlängerung der niedrigen Löhne bis zur Herbstmitte. Nach Ablehnung des Schiedsspruches muten uns die Arbeitgeber zu, wir hätten nochmals um Verhandlungen nachsuchen sollen. Da wir den Kanonengang zur wiederholten Ablehnung unserer Forderungen nicht geben, spielen die Arbeitgeber vor der Öffentlichkeit den Gefährten und nehmen uns über, daß wir die verantwortlichen Premier der Lohnerrhöhung betreffen. Sie geben der Öffentlichkeit unter faulen Scheingründen die Ausperrung aller Beschäftigten bekannt. In Wirklichkeit ist die Parole der Kleiderfabrikanten: Hungerpeinliche statt Lohnzulage.

Die Arbeiterschaft nimmt diese Mahnung der Fabrikannten mit großer Ruhe auf, sie ist zum größten der Kampfe gerüstet. Durch die Lohnrückläufe der Serienlieferungen und unzählige direkte Tarifkämpfe haben die Arbeitgeber selbst die Stimmung geschaffen, die sich jetzt machtvoll gegen die Fabrikannten wendet. Auch die Breslauer Bevölkerung steht auf Seite der Streikenden und Aussperrten. Redner gibt dann noch Berühmtheitsnachrichten für den Kampf an Organisierung und für Vergewaltigung bekannt und schließt mit dem Hinweis: Die Arbeitgeber wollen den Kampf nun kämpfen wie für eine andere Sache bis zum Siege. Trauernder Beifall bezeugt das Einverständnis der Versammlung mit dem Redner. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

### Entschliessung.

Die in Breslau versammelten Arbeitnehmer der deutschen Herrenkonfektion erklaren in der Begründung, die der ablehnenden Entschliessung des Reichsarbeitsministeriums über die Verbindlichkeit des Schiedsspruches in der Herrenkonfektion beigegeben ist, eine wirklichkeitsfremde Stellungnahme, die den Tatsachen geradezu ins Gesicht schlägt. Nachweislich zählen die Löhne der Arbeiterschaft in der deutschen Herrenkonfektion zu den niedrigsten aller Industrie- und Berufsgruppen und bleiben selbst nach Verwirklichung des Schiedsspruches noch vielfach hinter den Lohnhöhen der ungelerneten Arbeiterklasse zurück.

Wie angesichts dieser unzureichenden Tatsache von einer Untragbarkeit der Löhne in der Industrie gesprochen werden kann, bleibt ein Rätsel, das selbst von den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums kaum zu beantworten sein dürfte. Durch diese ungläubliche Begründung ist das Reichsarbeitsministerium seiner Mission, dem Wirtschaftsfrieden zu dienen, wahrlich nicht gerecht geworden.

In der Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft in der Herrenkonfektion von den rücksichtslosen Kleiderfabrikanten auch weiterhin in einem ganz unzulänglichen Lohnverhältnis gehalten werden soll, nehmen die Zuschneider, Schneider, Wägler und Näherinnen den ihnen aufgezwungenen Kampf an.

In dem Bewußtsein, um eine gerechte Sache zu kämpfen und in diesem harten Kampfe allein auf die eigene Kraft und die Organisation gestützt zu sein, sind die Aussperrten entschlossen, den Kampf in solidarischer Verbundenheit mit aller Entschiedenheit zu führen und in Gefolgschaft ihrer Organisation solange auszuharren, bis die Arbeitgeber zu einem befriedigenden Einigenskommen bereit sind.

Alle Auskünfte über den Kampf gibt die Streikleitung im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.

Der Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten in Deutschland behauptet, daß die beschlossene Ausperrung der Konfektionsarbeiter in ganz Deutschland am Montag vermittags überall durchgeführt worden ist.

### Streikbewegung in Bulgarien

Die Ausbeutung der bulgarischen Arbeiterschaft durch das Unternehmertum findet in den sich immer mehr häufenden Streiks ihren deutlichsten Ausdruck. Die Behörden ergreifen, ansatz zu vermitteln, in jedem Fall die Partei der Arbeitgeber. Wie sie es machen, zeigt sich überaus drastisch in einer Meldung des sozialistischen „Narod“ (Volk aus der Stadt Gahrowo). Dort trat die Belegschaft einer Schuhfabrik in den Streik. Sie hatte 10 bis 15 Prozent Lohnerrhöhungen gefordert. Das war für die Behörden Grund genug, sie zur Beurlaubung zu rufen und dort gehörig „zusammenzufauchen“. Wer nicht im Besitz seiner Legitimation war, erhielt eine Geldstrafe von 2000 Lewa. Das ist etwa der Monatslohn eines Schuharbeiters.

In Bulgarien ist das Koalitions- und Streikrecht gesetzlich verankert. Aber weder die Regierung noch ihre Organe nehmen sich daran. Koalitions- und Streikrecht stehen nur auf dem Papier. Das ist um so bedauerlicher, als infolge der letzten erfolgten Heraushebung der Einfuhrzölle um 30 Prozent das wirtschaftliche und soziale Elend der armen Bevölkerung noch gesteigert wurde und damit der Streikbewegung ein neuer Antrieb gegeben worden ist.

# Die Industrie-Ernte steigt weiter

## Die Durchschnittsdividende wächst von 6,19 auf 7,47 Prozent an Das Betriebsvermögen erhöht sich um 18 Prozent

Jährlich in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember veröffentlichten von den rund 12 000 deutschen Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 21,5 Milliarden Mark 2200 ihre Geschäftsberichte. Davon hat das Statistische Reichsamts in seiner Erhebung für das Jahr 1927 rund 1518 Gesellschaften erfasst. Diese Gesellschaften verfügen über ein Nominalkapital von 10,9 Milliarden Mark. Das sind rund 51 Prozent des gesamten Nominalkapitals der deutschen Aktiengesellschaften. Die Erhebung des Reichsamtes ist also umfassend genug, um Schlüsse auf die Entwicklung unserer Wirtschaft im Geschäftsjahre 1927 zu ermöglichen.

Vor allem geht aus der Erhebung klar hervor, daß sich auch im Jahre 1927 die Industrieernte gesteigert hat. Wir stehen seit Ende der Inflation und seit Beginn der Nationalisierung in einer Periode ständig steigender Industrieernte, die selbst im gefährlichsten Krisenjahre 1926 keine Unterbrechung erfahren hat. Das Merkmal des Jahres 1927 ist eine weit kräftigere Steigerung der Dividende, als früher, was sich aus der guten Konjunktur des Vorjahres erklärt. Wir geben über die Dividendenentwicklung folgende Zusammenfassung, wobei wir die Ergebnisse für 1927 denen des Vorjahres gegenüberstellen:

Zahl der Gesellschaften	1926	1927
Nominalkapital in Milliarden Mark	10,42	10,98
Jahresertrag in Millionen Mark	769,2	898,6
Die Summe der zur Ausschüttung gekommenen Dividenden in Millionen Mark	654,1	743,3
Dividende in Prozent des dividendenberechtigten Aktienkapitals	6,19	7,47

Das Ergebnis der guten Konjunktur im Jahre 1927 ist, daß die Summe der in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember zur Ausschüttung gekommenen Dividenden von 654,1 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 743,3 Millionen Mark im Jahre 1927 angewachsen ist. Lassen wir bei dieser Berechnung die Banken, Versicherungsunternehmen und Beteiligungsgesellschaften, die immer eine Ausnahmestellung einnehmen, außer acht, so ergibt sich eine Steigerung der Durchschnittsdividende von 6,79 Prozent auf 7,12 Prozent.

Kennzeichnend für die Dividendenentwicklung ist die Entwicklung der Rentabilität, die sich am besten am besten zusammenfassen läßt, da bei vieler Unternehmungen die Dividende aus mancherlei Gründen künstlich unter Druck gehalten wird. Für die Entwicklung der Rentabilität

# Irreführende Berichte über die Lage der Landwirtschaft

Das Preussische Landwirtschaftsministerium gibt von Zeit zu Zeit einen Bericht über die Lage der Landwirtschaft heraus. Er stützt sich im großen und ganzen auf Feststellungen des preussischen Landwirtschaftsamtes.

Gegen die Berichte muß Einspruch erhoben werden. Sie sind vielfach sehr partiell gehalten. Dann und wann hat es sogar den Anschein, als wenn sie in irgendeinem Büro des Reichslandbundes fertiggestellt wurden.

Das gilt besonders für die in letzter Zeit veröffentlichten Berichte. Darin wird unter anderem behauptet, daß das Getreide unter mittel hohe und eine zufriedenstellende Ernte erwartet werden könne. Diese Schätzung steht im Gegensatz zu Feststellungen, die von anderer Seite getroffen worden sind. Sie gibt der Deutsche Landwirtschaftsrat in seinem letzten Monatsberichtsbericht ein wesentlich günstigeres Bild. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ ist in ihren Bemerkungen über den diesjährigen Ernteaussatz sehr vorsichtig. In Nr. 377 schreibt sie: „Die Ernteerträge sind im Vergleich mit den Vorjahren, die im Vorjahre, in Koggen dürften die Erträge jedoch die Vorjahre nur allenfalls erreichen. Man wird die Schätzung der Ernterträge abwarten müssen.“

Die erwähnten Berichte des Preussischen Landwirtschaftsamtes sind auch bedauerlich, was unter dem Stichwort „Arbeiterverhältnisse“ gesagt wird. Danach gibt es über den letzten Zeitpunkt, in dem die Landwirtschaft nicht an Arbeitsmangel leidet. Tatsache ist aber, daß Arbeitsmangel während der Einbringung der Ernte, und auch dann nur vorübergehend in die Erscheinung tritt. Zu anderen Zeiten ist es gewöhnlich so viel landwirtschaftliche Arbeitskräfte zur Verfügung, daß viele von ihnen sogar mit Arbeitslosigkeit bedrückt werden müssen. Interessantes Material nach dieser Richtung hin stellt der Deutsche Landarbeiter-Verband gern zur Verfügung.

Für das Preussische Landwirtschaftsministerium gibt es nach unserer Meinung nur die Wahl zwischen zwei Wegen: entweder werden Berichte über die Lage der Landwirtschaft herausgegeben, dann müssen sie sich auf genaue Beobachtungen stützen bzw. die Einzelne mit den Arbeitnehmerorganisationen vertieft gefestigt werden. Oder das Ministerium lehnt es ab, neben dem preussischen Landwirtschaftsamten andere Stellen zu beauftragen, dann erscheint eine weitere Herausgabe der Berichte über die Lage der Landwirtschaft überflüssig. So wie es heute gemacht wird, kann es jedenfalls nicht mehr länger gehen.

### Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 22. August 1928

Berlin, 25. August. Die auf den Schlag des 22. August bezogene amtliche Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist mit 141,5 gegenüber der Vorwoche (141,7) leicht zurückgegangen.

### Der Ausweis der Reichsbank vom 23. August

Der Ausweis der Reichsbank vom 23. August zeigt einen weiteren Rückgang der gesamten Kapitalanlage (in Höhe von 68,3 Millionen Mark) auf 2092,3 Millionen Mark. Die Bestände an Wechseln und Schecks gingen um 33,8 Millionen auf 1972,3 Millionen Mark zurück. Die Bestände an Gold und dedungsfähigen Devisen werden mit 2452,3 Millionen Mark (Vorwoche 2409,9 Millionen) ausgewiesen. Gegenüber der Vorwoche ist hier eine kleine Verringerung eingetreten. Zum Bestand der dedungsfähigen Devisen ging um 5,5 gegenüber der Vorwoche zurück. Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug sich von 34,2 Prozent der Vorwoche auf 58,5 Prozent und die Deckung durch Gold und Devisendevisen von 59,5 Prozent auf 61,8 Prozent.

### Die Konturze im Juli

Nach der amtlichen Feststellung sind die Konturze im Monat Juli von 712 im Vormonat auf 655 zurückgegangen. Dagegen stieg die Zahl der Vergleichsverfahren von 296 auf 300.

Selbst scheint uns die Tatsache von Bedeutung zu sein, daß die Bilanz der Aktiengesellschaften, die einen Reinerlust ausweisen, von 236 im Jahre 1926 auf 117 zurückgingen, und daß sich der Zahl der reinerlustlosen von 98,1 Millionen Mark auf 21,7 Millionen Mark verringerte. Andererseits stiegen das Anlagevermögen, das Eigenkapital und die flüssigen Mittel der Gesellschaften, was zwar haben sich das Anlagevermögen um 9 Prozent und das Eigenkapital um 6 Prozent und das Betriebsvermögen um 18 Prozent erhöht. Auf hier wird die Entwicklung veranschaulicht. Das Reichsstatistikamt stellt fest: „Die Bilanzen sind als statistisches Material für die tatsächlich erfolgten Investitionen, Kapitalkaufwendungen und Geschäftsergebnisse mit einer Reihe von Fehlerquellen behaftet. Die wichtigsten dieser Fehlerquellen liegen darin, daß die Bilanzposten in vielen Fällen die tatsächlichen Vermögenswerte nicht richtig wiedergeben; stille Reserven und überhöhte Buchwerte geben ein falsches Bild der Position der Aktiva- und Passivseite. Bildung und Ausschüttung von stillen Reserven machen die Gewinn- und Verlustrechnung unübersichtlich. Der Ausweis der Abschreibungen geschieht oft sehr unübersichtlich, jedoch ist es nicht zu vermeiden war, daß unter den in der Bilanz aufgeführten Abschreibungen sich auch einige Abschreibungen von Vorräten und Debitoren, sowie Sonderabschreibungen von Gelegenheiten von Sanierungen befinden.“

Es sind selbstverständlich sehr große Summen, die infolge von Maßnahmen, auf die hinzuweisen sich auch ein statistisches Institut gezwungen sieht, nicht in Erscheinung treten. Während nun die Betriebe im guten Konjunkturjahre 1927 kräftig zu steigen, haben sich die Reallohn wohl kaum erhöht. Die Steigerung der Industrieernte scheint auch jetzt den Punkt erreicht zu haben, wo eine Fortsetzung die Kaufkraft bedroht und volkswirtschaftliche Schäden anrichten muß. Im Interesse der Wirtschaft muß die steigende Rentabilität in Zukunft für eine Erhöhung der Reallohn, für eine Stärkung der Kaufkraft benutzt werden.

Die höchste Durchschnittsdividende verteilten im Jahre 1927 das Versicherungsgewerbe, die Kalkindustrie, die Papiererzeugung und die Industrie der Musikinstrumente und Spielwaren. Reihenfolge hat sich gegenüber dem Jahre 1926 nur infolgedessen geändert, daß die Musikinstrumente- und Spielwarenindustrie die Stelle der Banken trat, die im Jahre 1926 die vierte Stelle einnahmen.